

1 S 20587 F



FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

FOLGE 70

SEPTEMBER 1968

Ich glaube, ich hätte die
Freiheit zu allen Zeiten
geliebt, aber in unserer
Zeit empfinde ich eine
besondere Neigung,
sie zu verehren

Alexis de Tocqueville

FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft,
des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 70

September 1968

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch
Lothar Vogel

Postverlagsort: 65 Mainz

Inhaltsübersicht

	Seite
<i>Heinz Hartmut Vogel</i>	
Ansprache zur Eröffnung der 22. Tagung in Herrsching/Ammersee im August 1968	3
<i>Heinz Hartmut Vogel</i>	
Vor sozialen Entscheidungen	12
— Die Studentenunruhen und die bürgerliche Welt —	
<i>Heinz Hartmut Vogel</i>	
Der freiheitliche Sozialismus	20
— Die Tragödie von Prag —	
<i>Fritz Penserot</i>	
Das Ende des Weltkommunismus	23
— Der sowjetische Überfall auf die Tschechoslowakei —	
<i>Paul Heinrich Diehl</i>	
Wirkliche Demokratie — eine Utopie?	30
<i>Lothar Vogel</i>	
Eine Schule der Freiheit	37
—	
Seitherige Tagungen und Kolloquien des Seminars für freiheitliche Ordnung	41
<i>Diederich Römbeld</i>	
Zahlen aus der Volkswirtschaft	43
<i>Albert Pohl</i>	
Zahlen zum Nachdenken	44

Ansprache zur Eröffnung der 22. Tagung des „Seminars für freiheitliche Ordnung“

in Herrsching/Ammersee am 2. August 1968

Ich möchte Sie sehr herzlich zur 22. Tagung unseres Seminars begrüßen. Die letzten Male haben wir uns, wie es vielen von Ihnen sicher noch gegenwärtig ist, sehr intensiv mit der Frage unserer verfassungsmäßigen Ordnung beschäftigt, letztes Jahr vor allem mit den Formen der Demokratie, besonders mit den Problemen, die die demokratische Staatsform aufwirft.

Diesesmal haben wir den Schwerpunkt etwas verlagert, und zwar auf den ganzen Fragenkomplex, den die *Kulturordnung* aufwirft. Kulturordnung als Ursprung und Ziel der Sozialordnung, — die Bedeutung der Kulturordnung für unsere gesamte Sozialordnung — das ist das Thema, welches wir uns diesmal gestellt haben. Und das nicht zufällig! Sie haben ja verfolgt, welche ernstesten Forderungen von der jüngeren Generation gestellt werden, Forderungen, die wir wirklich sehr ernst nehmen müssen und nicht nur einfach als ein Rebellieren der Jüngeren gegen die Erwachsenen, als ein Übergangsproblem von der jüngeren Generation zur älteren, das ja natürlicherweise immer da ist, betrachten sollten. Was die jungen Menschen heute zum Ausdruck bringen, ist doch ein typisches Bild unserer heutigen Bewußtseinssituation. Es ist weniger eine Rebellion nach außen, obwohl sie sich nach außen wendet, als vielmehr das Ergebnis der inneren Situation, in der sich die jungen Menschen heute erleben. Daß von ihnen Formen gewählt werden, die uns wenig sympatisch erscheinen — was Sie ja in den Zeitungen verfolgt haben, vor allem bei der Rebellion der Berliner Studenten — Formen, die den Anschein erwecken, als handele es sich hier um lauter Kommunisten, um Maoisten, und wenn Sie daran denken, daß sie auch von einer Kulturrevolution sprechen, dann darf man das nicht allzu sehr auf die Goldwaage legen. Die jungen Leute — wenigstens die führenden, — wissen heute fast alle, daß es sich hier um eine Provokation, um eine Herausforderung handelt. Man möchte überhaupt erst einmal die satt und träge gewordenen „Etablierten“ in Harnisch bringen, in eine Diskussion verwickeln. Das ist eigentlich ein wesentliches Motiv für die äußeren Formen, in denen sich diese ganze Aktion abgespielt hat. Wenn also die Stu-

dentem von Kulturrevolution sprechen, die sie nun in Permanenz aufrecht erhalten wollen, dann muß man das so verstehen, daß sie sich gegen das Establishment, wie sie es nennen, wenden, daß sie dieses Establishment beseitigen wollen. Man könnte zunächst meinen, sie wollten eine Art Tabula rasa herstellen, alles hinwegfegen. Aber das ist es eigentlich nicht, was hier zum Ausdruck kommt. Es kommt vielmehr das Erlebnis zum Ausdruck, daß der Mensch selber heute nicht mehr zum Zuge kommt, daß die eigentlichen Anliegen, die der Mensch an das Leben stellt, keinen Raum mehr finden. Der Kampf gegen die Herrschaftsstruktur, gegen die Obrigkeitsstruktur unserer Gesellschaft ist Ausdruck eines inneren tief erlebten Dranges, *selbstständig* zu werden, zu sich selber hinzufinden und sein Lebensschicksal, sein Berufsschicksal, auch die Inhalte seines Berufes, selbst in die Hand zu nehmen. Darum geht es in Wahrheit. Deshalb nennen sich die jungen Menschen ja auch anti-autoritär. Sie spüren und erleben, daß in unseren etablierten Gesellschaftsformen, in der bürgerlichen Welt, sich Formen ausgebildet haben, die erstarrt sind, rechtlich in Privilegien, wirtschaftlich in Monopolen. Sie wenden sich selbstverständlich in allererster Linie — und deshalb ist das Thema für uns so wesentlich — gegen das Schul- und Hochschulwesen, gegen dieses Establishment, das es ja mit der Bildung, d. h. mit Dingen zu tun hat, die in jedem Menschen lebendig werden wollen und die in allererster Linie das *Menschsein* selbst zum Inhalt haben. Alle anderen Probleme der gesellschaftlichen Einrichtungen, an die sie natürlich auch denken — etwa das Wirtschaftsleben, das Rechtsleben, das demokratische Leben — die sehen sie mit Recht als sekundäre Folgen dieser primären autoritären Verwaltung des Kulturlebens an. Ich will hier eine Formulierung zitieren, damit Sie sehen, wie das im Bewußtsein dieser jungen Menschen lebt, die ja zum Ausdruck bringen, daß sie *keine* Vertreter einer Klasse sein wollen — die Studentenschaft ist ja ohnehin keine Klasse, sie ist ja zusammengesetzt aus allen Berufsständen — sondern sie empfinden, daß die neue Situation eine ganz generell menschliche ist. Und deshalb sagen sie zum Beispiel: „Das Bewußtsein aller Menschen erbringt die Bereitschaft zum Aufbruch gegen die Normen der Gesellschaft.“ Wenn Sie das betrachten: „Das Bewußtsein *aller* Menschen“ — sie haben das sogar hervorgehoben in ihrer Schrift hier, („Rebellion der Studenten und die Neue Opposition“), sie sehen das als ein durchgängiges Problem unserer Zeit, nicht etwa als das einer Klasse. Deshalb wenden sie sich auch — was hoch bedeutsam ist — gegen die etablierten Vertreter z. B. der Arbeiterschaft. Da, wo sich Einrichtungen gebildet haben, wie etwa die Gewerkschaften, da sagen sie: sie sind gar nicht mehr legitimiert, die Arbeiterschaft zu vertreten. Die Arbeiter selber, oder die Menschen, die hier Arbeiter sind, hier Studenten sind, die sollen ihre Anliegen selbst in die Hand nehmen, wie sie über ihre Hochschule denken. Das geht ja daraus deutlich hervor, wie es hier ausgesprochen wird: „Die Notwendigkeit, eine eigene wissen-

schaftliche Ausbildungsstätte, (eine kritische Universität, wie sie das nennen) zu schaffen, war offenkundig geworden.“ Sie merken also, daß man so ohne weiteres in die alten, staatsabhängigen Formen der Hochschule gar nicht mehr hineingehen kann. Nun suchen sie nach Formen, um hier weiterzukommen, um ihre Anliegen zur Geltung zu bringen, und sie kommen dann auf die Formulierung, es müßte eben auch die Hochschule und überhaupt das ganze gesellschaftliche Leben dadurch entmachteter werden, die Herrschaftsstrukturen müßten dadurch überwunden werden, daß die Menschen von unten, d. h. im Sinne der Demokratie (das versteht man ja zunächst noch darunter), tätig würden. Von daher müßte also die Gestaltung, auch die inhaltliche Gestaltung all dieser Einrichtungen, der Hochschulen, aber natürlich auch der wirtschaftlichen Betriebe, zustandekommen. Sie fordern also eine weitgehende Demokratisierung. Und daran sieht man, wie dringend notwendig es ist, daß man die Begriffe „freie Kultur“, „Freiheit“ überhaupt, und „Demokratie“, viel deutlicher sich bewußt macht, daß man die Funktionen, z. B. des Demokratischen, sich klar macht und nicht in diese vereinfachte und doch etwas naive Alternative fällt, die Lebensverhältnisse nun durch die überkommenen demokratischen Formen retten zu wollen. Aber man stelle sich doch eine Hochschule vor, wo die Mitbestimmung verwirklicht würde, die Mitbestimmung vonseiten der Studenten, nicht nur in bezug auf die personelle Gestaltung, sondern auch die *inhaltliche*, die Themenstellung, die Art und Weise, was nun hier behandelt und gelehrt werden soll, *wie* es behandelt werden soll. Da wollen sie dann doch alle mit hineinwirken. So ist doch die Vorstellung.

Hier besteht natürlich ein ganz ungeheurer Irrtum über das Wesen der Demokratie, was die Demokratie leisten kann und wo sie unter gar keinen Umständen angewendet werden dürfte. Wir brauchen uns das hier nicht auszumalen; das ist im letzten Jahr genügend geschehen, was es bedeutet, wenn man über schlechthin alle Fragen demokratische Entscheidungen herbeiführen will. Man stellt sich heute vor, daß man einen Pluralismus der Anschauungen anerkennt und die Möglichkeit bietet, daß alle diese Ansichten zu Worte kommen, auch in der Hochschulgestaltung, in der Lehrplangestaltung, in dem, wie ein Chirurg einen Blinddarm operieren soll womöglich. — Man stelle sich das nur einmal etwas pointiert und extrem vor — wir säßen da nun als Medizinstudenten zusammen und würden mit unseren Professoren ein „sit in“ machen, und würden uns über das, was dieser Professor uns lehren möchte, erst einmal abklären. Und dann, weil wir alle verschiedene Meinungen haben (zum Teil wissen wir noch gar nicht, was ein Blinddarm ist) kommt ein langes Palaver zustande und dann wird abgestimmt; die einen sind dafür, daß man ihn herausnimmt, die anderen sind dagegen, und die Mehrheit hat dann also recht. Das ist an sich ein verzerrtes Beispiel, aber darum geht es ja doch im Prinzip.

Da müßte man also den Studenten helfen, etwas klarer zu denken. Natürlich tun sie sich deshalb so schwer, weil sie jetzt nur das etablierte staatsautoritäre Bildungswesen vor sich sehen, und sich gar nicht vorstellen können, daß das anderes sein könnte. Sie können sich z. B. nicht vorstellen, daß der Ordinarius kein Beamter ist. In diesem ganzen Büchlein „Rebellion der Studenten und die Neue Opposition“ finden Sie keinen einzigen Satz über die Frage: woher kommt denn die unglaublich autoritäre Machtposition der Ordinarien. Sie reden zwar dauernd darüber, daß das nicht anginge, daß ein Ordinarius diese unbeschränkte Herrschaftsgewalt über seine Assistenten und Studenten hat. Das ganze Buch besteht aus Analysen darüber. Aber sie machen keine Analyse wie es kommt, daß ein Ordinarius diese unglaubliche Machtposition hat. Daß hier eine ganz unmögliche Liaison eingegangen ist zwischen wirklicher echter Freiheitlichkeit — der Lehrfreiheit, wie sie ja in der Verfassung gewährleistet ist — und dem Beamtenstatus. Und wenn es einem solchen Ordinarius gelingt, sein Leben lang keinen silbernen Löffel zu stehlen, dann bleibt er das auch bis zum Schluß, und er kann schon hoch sklerotisch sein und sich ständig wiederholen (was ja ein Zeichen für Sklerose ist, wenn man immer dasselbe sagt), das schadet ihm gar nichts — er kann nur aufgrund seines Beamtenstatus *nicht* weggewählt werden. Das möchten aber die Studenten jetzt: sie möchten ihn *wegwählen*. Aber man kann keinen Beamten *wegwählen*. Es wäre zum erstenmal in der Weltgeschichte, seit es Beamte gibt, seit dem alten Ägypten sozusagen, daß man einen Beamten *wegwählen* könnte. Also müßte man den Beamtenstatus überhaupt *aufheben*.

Man muß zur Lösung dieser ganzen Fragen neue ordnungspolitische Denkformen finden, um die Probleme dann wirklich zu bewältigen. Dann würden die Studenten ganz von selbst nicht darauf verfallen, hier demokratisch verfahren zu wollen. *Hier* liegt ein Ordnungsproblem, das durchdacht werden muß.

Aber nicht nur bei unseren Studenten, auch bei unseren Arbeitern — oder vielmehr bei den Gewerkschaften — taucht der Gedanke auf, eine Demokratisierung der Industrie zu wollen. Stellen Sie sich vor, über ein Produkt würde demokratisch entschieden: der eine will einen Rasierapparat bauen und verkaufen, der andere meint, die Mähmaschine wäre doch interessanter, und dann wird wieder abgestimmt, und Sie können sich vorstellen, was das zum Schluß ergibt. Also auch hier hat man noch nicht zu Ende gedacht, welche Ordnungsformen in der Wirtschaft notwendig sind. Ich kann darauf natürlich jetzt nicht weiter eingehen, das würde zu weit führen. Aber wir kommen auf diese feinen, oft nur Nuancen bildenden Unterschiede der Ordnungsformen im kulturellen Bereich, in einer Hochschule oder im Wirtschaftsbereich noch zurück. Es ist in beiden Bereichen vieles ähnlich, und

anderes grundsätzlich verschieden. Aber auf keinen Fall, weder hier noch dort sind demokratische Entscheidungen am Platze. — Über Inhalte, über den pythagoräischen Lehrsatz, kann man nicht abstimmen.

Aber, so sagten wir, es stehen nicht nur die Studenten vor diesem Dilemma, vor dieser Problematik. Wir erleben heute das weltgeschichtlich bedeutsame Ereignis, das sich vor unseren Augen in der Tschechoslowakei abspielt. Gerade dort, deshalb möchte ich das erwähnen, steht man im Grunde vor der Frage, wie man die Quadratur des Zirkels löst, indem man einen demokratischen Sozialismus anstrebt. Das ist ja dieser Fachausdruck, den Dubcek und seine Freunde dort gebrauchen, einen demokratischen oder auch freiheitlichen Sozialismus, wobei man natürlich unter Demokratie die Ordnungs- und Lebensform der Freiheit und der Persönlichkeitsentfaltung durchaus versteht. Erinnern Sie sich bitte an das, was ich vorhin sagte: Man geht immer noch aus von der Vorstellung: Die Menschen müssen das Recht haben, über alle Dinge ihre eigene, private Meinung zu haben und im Sinne dieser eigenen Meinung mitzuentscheiden. Auf diese Weise kommt eine Vielfalt von Vorstellungen und Meinungen auf einem Gebiet zustande, die muß man dem Menschen zubilligen und respektieren. Da aber eine Ordnung überall geschaffen werden muß, sagt man sich, der Weg zu einer für alle verbindlichen Ordnung zu kommen, ist eben der Weg einer demokratischen Mehrheits-Entscheidung. Sie wissen, was Schiller darüber gesagt hat. („Demetrius“)

Worauf ich aber dabei nur hinweisen möchte, ist, daß man in diesen Tagen mit allergrößter Hochachtung und mit Verehrung auf diese Persönlichkeiten schauen darf und sie innerlich auch mit aller Kraft begleiten soll, daß man aber gleichzeitig im Bewußtsein haben muß, daß die eigentlichen Konflikte, die eigentlichen Probleme dann erst kommen würden, wenn sie politischen Erfolg hätten. Nichtwahr, auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Sozialismus — beziehen wir ihn einmal nur auf die wirtschaftlichen Verhältnisse — da könnte man sagen, die Ausgangsbasis ist nun verhältnismäßig vereinfacht worden, indem es keinen privaten Betrieb mehr gibt, keinen privaten Grund und Boden, daß das alles, wie man sagt, sozialisiert ist. Man hat also eine Art sozialistische Basis. Aber nun kommt der Mensch und macht sein Anliegen als Individualist geltend, und man spürt schon, daß hier die Konfliktsituation heraufkommt. Man versucht nun, die Demokratie neu zu konzipieren in ihrem freiheitlichen Grundcharakter, den sie ja hat, und glaubt nun, den Sozialismus in eine neue Form zu gießen — nicht mehr in einen autoritären Herrschaftszustand, bei dem man dirigistisch von oben, vom Staat her, die Verhältnisse ordnet, indem man also für sozialen Ausgleich sorgt (was bei uns ja auch im Gange ist!), sondern daß man die Demokratie, die Herrschaft von unten, was ja Volksherrschaft heißt, nun glaubt durchführen zu können, um damit nun die Einzelanliegen der Menschen zum Zuge kommen zu lassen. Und das ist der gewaltige Irrtum, weil das eben nicht geht. Und

jetzt läge es an uns und an unserer Arbeit, Formen, Ordnungsformen darzustellen, was wir ja hier schon einige Jahre üben, die zeigen, daß die Funktionsfähigkeit im Wirtschaftlichen, im Kulturellen, gefunden werden kann auch — und nur — ohne diesen Herrschaftsgesichtspunkt überhaupt. Denn was herauskommen würde bei den Dubcek-Leuten, wäre zwar dann keine Herrschaftsbildung von oben, aber eine Herrschaftsbildung — da ja irgend jemand die Sache machen muß, wie man sie sich vorstellt — von unten her, so daß alle Menschen daran beteiligt sein würden. Das Reglement und die Kontrolle von unten! Und so finden sie dann auch Formulierungen, die das zum Ausdruck bringen.

Sie kennen vielleicht ein hier in letzter Zeit viel besprochenes Buch von Karl Steinbuch, der auch über die Kybernetik geschrieben hat, ein großer Verehrer des Computers: „Unsere Gesellschaft, falsch programmiert“. Und er spricht da von der Hinterwelt, von der Vorderwelt. Die Hinterwelt sind diejenigen, die das Establishment innehaben und die da nun an ihren Schreibtischen sitzen und sie nicht mehr verlassen. Darauf braucht man nicht einzugehen. Er hat aber einen ganz großartigen Ansatz im Durchdenken unserer Situation, ganz ähnlich wie die Studenten. Ich will einen Satz vorlesen: „Unsere Gesellschaft beruht auf uneingeschränkter geistiger Freiheit. Und wer in Amt und Würden ist, fühlt sich verpflichtet, nicht frei zu reden. Und wer frei redet, erwartet gesellschaftliche Nachteile.“ Er stellt also hier gegenüber, was eigentlich die Gesellschaft zu sein beansprucht, nämlich eine geistig freie Gesellschaft, und jetzt will man davon Gebrauch machen und schon wird die Sache problematisch. „Wer in Amt und Würden ist, fühlt sich verpflichtet, nicht frei zu reden. Wer frei redet, erwartet gesellschaftliche Nachteile.“ Es sei immerhin erwähnt — (denken Sie daran, wie wir hier vor zwei Jahren über die Verfassung sprachen) — daß diese Realität, daß man nicht mehr frei reden kann, gegen das Grundgesetz verstößt. Seine Ansätze sind also durchaus im Sinne dessen, was unser aller Anliegen ist und was auch das Anliegen der Studenten ist, wenn er z. B. sagt, daß vom Menschen ein Wertesystem ausgehen müsse, wenn er also durchaus den Menschen als ein Werte-tragendes Wesen einführt in die Diskussion. (Eine ähnliche Formulierung, wie sie die Studenten gebrauchen.) „Es scheint mir offensichtlich zu sein, daß das Bewußtwerden dieser Wertsetzung und deren — und jetzt kommt wieder das Fatale, weswegen ich es vorlese — „demokratische Kontrolle der schwerwiegendste Vorgang zukünftiger Politik ist. Im Zeitalter der superintelligenten Computer“ — das Wort intelligent ist natürlich mit vielen Anführungszeichen zu versehen — „ist es keine politische Aufgabe mehr bei Kenntnis der Umweltsituation, die im Sinne eines gegebenen Wertesystems optimale Entscheidung zu ermitteln. Die Vorgabe des Wertesystems hat alle nicht zwangsläufigen Schritte schon vorweggenommen. Entscheiden muß der Mensch. Der Mensch muß das Wertesystem vorgeben.“ Wir wollen uns heute

nicht darüber unterhalten, was er sich darunter vorstellt. Er meint schon, was wir hier ja auch immer wieder in den Mittelpunkt rücken, daß der Mensch sozusagen neu entdeckt werden muß und daß alle gesellschaftlichen Veranstaltungen aus dem Wertesystem dieses Menschen hervorgehen müssen. Der Mensch muß das Wertesystem vorgeben. — Oder: „Um einer möglichen Kritik zuvorzukommen: Freiheit von Naturgesetzen gibt es wohl nicht; die Freiheit zu bewußtem verantwortlichem sittlichem Verhalten sollten wir uns aber erhalten“. Wir sollten sie, die Freiheit, überhaupt erst *finden* — um ein Erhalten geht es noch gar nicht.

Dann spricht er sehr interessant von dem sogenannten Außenseitertum, und es ist auch nicht von Ungefähr, daß auch die Studenten zu derselben Fragestellung kommen. Wenn ich es einmal mit meinen Worten sagen darf — streben die Studenten im Grunde eine Gesellschaft an, die überhaupt nur aus Außenseitern besteht. Das ist eigentlich gemeint, wenn sie von der Beseitigung des Establishment reden, wenn sie auf der Beseitigung von privilegierten Positionen, mühsam erworbenen Vorrechten, bestehen. Noch ein Zitat aus diesem Büchlein, welches nur als Stimmungsbericht zu werten ist — man soll ja nicht glauben, es sei auch nur ein einziger gangbarer Schritt daraus zu entnehmen, denn diese Kulturrevolution in Permanenz, die sie in Gang setzen wollen, ist ja kein Weg, um zum Ziel zu kommen —: „Die antiautoritäre Revolte der Studenten, Schüler und jungen Arbeiter heute ist von einer anderen Qualität als das dumpfe Aufbegehren der ratlosen Jugend vor 1914. Es ist die Empörung gegen ein sinnlos erscheinendes Leben und gegen die zynische Bevormundung durch bonierte Autoritäten“, — wir können es fast nicht deutlicher hier in Herrsching formulieren —, „die ihre selbstherrliche Regentschaft im Staatsapparat, in den Universitäts- und Schulhierarchien und in der betrieblichen Patronage ausüben. Das ist ein Aufriß der Situation. Zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands lehnt sich die Studentenschaft in großer Zahl gegen die autoritären Strukturen und Verhältnisse der Gesellschaft auf und man muß ihnen aus tiefster Seele dankbar sein, daß sie das tun. Heute, nach den historischen Erfahrungen zweier Weltkriege, nach dem Bankrott des sogenannten Liberalismus, auch das muß man leider sagen, nach dem Versagen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegungen, — (da sagen die Studenten doch deutlich, daß das auch nicht das ist, was sie suchen) — ist die kritische Verarbeitung der Vergangenheit die Voraussetzung für die Erkenntnis der Gegenwart. Beim Stand der Produktivkräfte, also des gesellschaftlichen Reichtums, will die rebellische Jugend nicht nur eine Autorität gegen ein andere vertauschen, sondern jegliche Herrschaft überhaupt abschaffen. Nichtwahr, das ist eine unglaubliche Forderung, die im Zuge unserer Entwicklung liegt, und vor allen Dingen im Zuge des sich Bewußtwerdens des modernen Menschen, daß er nur noch *eine* Autorität anerkennen kann, nämlich sich selbst. Nicht mehr einen die Welt

von außen lenkenden Gott, nichtmehr einen Vertreter Gottes auf Erden und nicht mehr ein von außen dekretiertes Sittengesetz, sondern nur noch sich selbst. Das findet man ja in so deutlicher Weise in den Frühschriften Steiners formuliert. Da steht die Jugend auf einem grundsätzlich neuen Boden, und es ist unsere Aufgabe, die diesem Bewußtseinserlebnis entsprechende gesellschaftliche Lebensform mit den adäquaten rechtlichen Formen zu entwickeln, die als Ganzes in sich funktionsfähig ist und die nicht an allen möglichen und unmöglichen Stellen neue Etablierungen erfordert, eine Gesellschaftsform, die sich in sich selbst trägt. Das ist die große Aufgabe, deren Erfüllung wir uns zu unterziehen haben.

Nun darf ich zum Schluß noch erwähnen, daß wir, vor allem in vielen Diskussionen mit jungen Menschen, immer wieder auf die Frage kommen, ja, was kann man denn tun, was soll man denn machen — sollen wir auch auf die Barrikaden gehen, sollen wir auch demonstrieren? Ich will nicht sagen, daß die jungen Menschen das nicht sollen — das kann eine Art Aufweckungsvorgang sein —, wenn auch nicht mit roten Fahnen und mit Maobildern — das kann man für den Fasching nehmen. — Was kann nun aber überhaupt geschehen? Soll man eine Partei gründen, soll man etwa eine „Freiheitspartei“ womöglich bilden? Daß das alles nicht geht, hat sich in vielen Gesprächen und auch durch die Erfahrung und durch die Einsichten, in die Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft längst erwiesen. Es gibt im Grunde nur einen Weg, und Steinbuch hat das ja auch, wenn auch nicht ausgeführt, so doch geäußert, nämlich, daß wir damit beginnen, unsere durch Schicksalsgunst so großartige Bonner Verfassung überhaupt erst einmal zu verstehen in ihrer ganzen Bedeutung und sie aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwecken, und all denen, die nun ohnehin schon dabei sind, über diese Fragen ernstlich nachzudenken, vor allem solchen, die sich mit Staatsrecht und Verfassungsrecht beschäftigen, zu helfen, lebendiger im Sinne menschlicher Verhältnisse und menschlicher Relationen ihre rechtlichen Vorstellungen zu entwickeln aus den doch sehr lapidaren und unmißverständlichen Verfassungsgrundsätzen, aus den Grundrechten, die die Verfassung uns gewährleistet. Und wenn die Verfassung sagt, daß alle staatliche Veranstaltung, alles, was der Staat als Aufgabe hat, darin gipfelt, diese Grundrechte zu sichern, dann müssen wir anstreben, sie zu verwirklichen. Der Staat in seiner jetzigen Form als Herrschaftsinstrument, muß ja wirklich eines Tages überwunden werden, so daß wir dann von einem Gemeinwesen, von einem Rechts-Organismus sprechen können, den wir ständig mittragen und miterneuern. Ich möchte also auf die Möglichkeit hinweisen, die hier verborgen, aber ungenützt liegen, unsere Rechte in Anspruch zu nehmen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu schützen und zu achten ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Das setzt natürlich voraus einen deutlichen Naturrechtsbegriff von dem Menschen, von der Rechtssituation des Menschen, von der Würde des Menschen. Oder:

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“, wobei man auch hier eine Vorstellung des Begriffes von Persönlichkeit finden muß, nicht so, wie wir gewöhnlich meinen, und wie wir es auch oft fälschlich Goethe unterschieben, die Persönlichkeit als Form des selbstbezogenen Sich-Erlebens, wie wir es von der Renaissance her kennen. Das meint ja Goethe unter gar keinen Umständen unter Persönlichkeit. Er hat es ausgesprochen, daß das höchste Glück der Erdenkinder, der Menschen, darin besteht, in der Liebe zum Anderen sich zu verwirklichen. Ein ganz großartiger Neu-Inhalt dessen, was das höchste Glück des Menschen sei: sich selbst im anderen wiederzufinden, das sei das höchste Glück! Das löscht natürlich unter keinen Umständen die Persönlichkeit aus. Das Wesen der Persönlichkeit muß neu begriffen werden! Auch heute schon wird der Begriff „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ sehr weit verstanden von unseren führenden Staatsrechtlern. Sie können das in allen Kommentaren lesen, wie man eigentlich da der Auffassung ist, daß freie Entfaltung der Persönlichkeit unbeschränkt ist und nicht beschränkbar.

Ich komme damit zum Schluß meiner Einleitung. Ich habe manches jetzt nur flüchtig berührt, aber die Arbeit der kommenden Tage soll ja dann im ganzen auf dem geistigen Hintergrund verlaufen, daß wir vor der Notwendigkeit stehen, daß der Mensch neu entdeckt werden muß, daß der Mensch sich selber fassen muß, daß er seinen Standort zu bestimmen lernt und von daher nun die Welt neu sieht und sich in ein neues Weltverhältnis setzen lernt. Wir müssen einen gangbaren Weg suchen, der auch von der jungen Generation dann gegangen werden kann.

Dr. Heinz Härtmut Vogel

Vor sozialen Entscheidungen

Die Studentenunruhen und die bürgerliche Welt

Was bedeutet es, wenn Studenten gegen die traditionellen gesellschaftlichen Einrichtungen, des „Establishment“, wie sie es nennen, rebellieren? Liegt die Antwort auf diese Frage im „natürlichen“ Gegensatz der Generationen oder handelt es sich beim Aufstand der Jugend um ein Ereignis, zu dessen Verständnis andere Motive gesucht werden müssen, als sie den studentischen Freiheitsdemonstrationen des 18. und 19. Jahrhunderts und der Jugendbewegung vor dem 1. Weltkrieg zugrunde lagen?

Die Jugendbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts

Die studentischen Vereinigungen waren zu ihrer Zeit Ausdruck eines Corpsgeistes der freien akademischen Bürger, die außerhalb der etablierten Gesellschaft ein zeitlich begrenztes, ungebundenes Eigenleben führten. Ihr politisches Engagement schloß sich, was die Burschenschaft betrifft, der damaligen bürgerlichen Revolution an. Davon deutlich unterschieden, war die Jugendbewegung im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert schon ein Protest gegen das nunmehr etablierte Bürgertum. Er richtete sich jedoch weniger gegen die bürgerliche Ordnung als gegen die Gesinnungen und Lebensauffassungen, die in den gesellschaftlichen Institutionen des Bürgertums lediglich ihren Niederschlag fanden. Man wandte der Gesellschaft den Rücken und suchte abseits vom bürgerlichen Leben nach einem ursprünglichen Lebensinhalt. Insofern war die damalige Jugend im wesentlichen unpolitisch und ihr Protest blieb auch ohne Wirkung auf die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Die „Jugendbewegung“ unserer Tage hat einen völlig anderen Charakter. Sie ist von Anfang an politisch engagiert. Sie begnügt sich nicht mit den gesellschaftlich irrelevanten „Freiheiten“ des akademischen Bürgertums, die sie — vom Standpunkt der Etablierten aus gesehen — als auf Zeit gewährte Narrenfreiheit ansieht. Sie wendet sich vielmehr ohne weiteres gegen das System der bürgerlichen Gesellschaft selbst.

Aufstand gegen die bürgerliche Gesellschaft

Was ist nun unter bürgerlicher Gesellschaft bzw. unter „Establishment“ zu verstehen? Welches sind die soziologischen (evtl. auch psychologischen) Rück-

wirkungen auf den Einzelnen, die vom System der bürgerlichen Gesellschaft ausgehen? Hier müssen die Gründe für das Unbehagen der jüngeren Generation gesucht werden. Daß es in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts scheinbar ohne besonders hervortretende äußere Anlässe fast gleichzeitig in verschiedenen westlichen Ländern zu Aktionen der Studenten gegen die bürgerlichen Positionen kommen konnte, lenkt den Blick auf diese Jugend selbst hin. Das Bürgertum hat seine gesellschaftliche Stellung über viele Generationen hin geschaffen und ausgebaut, ohne daß seine Legitimität in den demokratischen Ländern bisher ernstlich infrage gestellt worden wäre. Es muß folglich etwas völlig Neues, für das Bürgertum als gesellschaftliches Ordnungssystem Bedrohliches eingetreten sein, dessen treibende Kräfte primär nicht einfach im Versagen dieser Ordnungen im äußerlich technischen Sinne zu suchen sind; denn die Jugendunruhen treten innerhalb einer im Vergleich zu früheren Zeiten nicht dagewesenen Wohlstandsgesellschaft auf, an der mehr oder weniger Alle, auch die Jugendlichen, ihren Anteil haben. Die soziologische Analyse der traditionellen bürgerlichen Gesellschaft muß daher gleichzeitig versuchen, das wesentliche Gemeinsame in den Motiven, die in der Unzufriedenheit der jungen Generation zum Ausdruck kommen, aufzudecken.

Geistiger und materieller Besitzstand

Der Begriff Bürgertum ist untrennbar mit dem gesellschaftlichen Status des Besitzstandes verbunden, wobei der Besitzstand sich sowohl auf materielle als auch auf kulturelle Werte bezieht. Er charakterisiert einen gesellschaftlichen Zustand, der seine Stabilität — vor allem auch rechtlich-politisch — von einem in die Legitimität eingegangenen materiell-wirtschaftlichen und weltanschaulich-kulturellen Statusbewußtsein herleitet. Das rechtlich und damit gesellschaftlich garantierte Privateigentum bildet dazu das unveräußerliche Fundament. Sich materiell und geistig einzurichten und den allgemein wirtschaftlichen und kulturellen Status seiner Zeit zu erreichen und zu erhalten, wird zum Lebensmotiv. Das Sozialprestige, der Lebensstandard sind wesentliche Kennzeichen der bürgerlichen Gesellschaft. Das Bildungswesen wird in seinem Inhalt und seiner Aufgabenstellung vom zu erzielenden Lebensstandard bestimmt. Der rechtlich gesicherte und durch Schule und Hochschule bildungsmäßig zu gewährleistende wirtschaftliche und kulturelle Besitzstand umschreibt, wenn auch sehr allgemein, dasjenige, was man unter „Establishment“ verstehen kann.

„Establishment“ und Außenseitertum

Was nun die Jugend gegen diesen gesellschaftlichen Zustand rebellieren läßt, bezieht sich nicht auf den materiellen Wohlstand als solchen, auch nicht auf bestimmte kulturelle evtl. weltanschaulich geprägte Auffassungen, sondern auf den institutionalisierten und dadurch allein legalisierten Modellcharakter

des materiellen und kulturellen Wohlstandes. Es sind die egalitären, amtlich festgelegten Ausbildungsmaßstäbe im Bildungswesen und die von vornherein etatistisch vorausbestimmten und für alle verbindlich fixierten Berufsbilder und Inhalte, die sich wie ein Albtraum auf die heranwachsende Generation legen. Ihnen sucht die Jugend auszuweichen. Die Unausweichlichkeit, die dirigistische Weichenstellung auf dem Wege in die Gesellschaft ist der eine Aspekt der Jugend-Situation; ein anderer, nicht weniger schwerwiegender Vorwurf, der sich gegen die bürgerlich etablierte Gesellschaft richtet, wendet sich im Grunde nur noch gegen eine Folge ihres etatistischen Aufbaues: das Privilegienwesen und die damit zusammenhängende Teilung der Gesellschaft in etablierte (promovierte, habilitierte, diplomierte) Individuen und solche, die sich nicht nach traditionellen Maßstäben gesellschaftlich klassifizieren lassen, nämlich die Außenseiter des „Establishment“, als deren Prototypen sich die Angehörigen der jungen Generation erleben. Mit der Rebellion gegen das Privilegienwesen verbindet die Jugend nicht nur den Vorwurf der legalisierten Unfreiheit, sondern vor allem auch der sozialen Ungerechtigkeit, da nicht unter allen Umständen die persönliche Leistung der Etablierten, sondern vor allem ihre privilegierte (monopolistische) Position über den gesellschaftlichen Status entscheidet. Das Außenseitertum hat demgegenüber nur eine ganz geringe Chance, zudem ist ihm Besitzstand und gesellschaftliches Standesbewußtsein unbekannt.

Die klassenlose Gesellschaft

Die Forderung nach der klassenlosen Gesellschaft, bisher ein Anliegen des 4. Standes, ist im Grunde auf die Beseitigung des Privilegienwesens gerichtet. Die Arbeiterschaft hat jedoch keine ordnungspolitische Alternative anzubieten. Die Vernichtung der privaten gesellschaftlichen Besitzstände und deren Übertragung auf den Staat hat bekanntlich aus einer Vielzahl privater Privilegierter einen einzigen Privilegierten gemacht, den Machtapparat des Staates. Die erstrebte persönliche Freiheit (und soziale Gerechtigkeit) wurde dadurch gerade nicht erreicht. Wenn die Studenten sich nunmehr die Forderungen der Arbeiter zu eigen machen, geschieht dies von vornherein mit einem anderen Akzent. Sie wenden sich nicht gegen Personen — nicht die „Expropriation der Expropriateure“ ist ihr Ziel — sondern gegen den Etatismus der Institutionen und damit gegen den Rechtsträger und Beförderer des „Establishment“, den traditionellen Staat. Will man der „Jugendbewegung“ des letzten Drittels unseres Jahrhunderts gerecht werden und sie nicht einfach als Ausdruck der Unreife und mangelnden Disziplin aburteilen, so muß man von ihren provokatorischen, von links entlehnten Parolen absehen können. Die besten unter ihr wissen sehr wohl, daß sie damit selbstverständlich nicht die erhoffte Freiheit, sondern — wie die Geschichte zu Genüge zeigt — nur andere weitaus unerbittlichere

politische und geistige Mächte beschwören. Vielleicht sollen die Etablierten, wie der Stier durch das rote Tuch, aus ihrer selbstzufriedenen Sorglosigkeit aufgeschreckt werden. Man möchte endlich ernst genommen und angehört werden. So könnte man die tumultarischen Szenen auf den Straßen und in den Universitäten auch verstehen. Was ist jedoch das ernst zu nehmende Neue dieser Bewegung?

Konformistisches Wohlverhalten oder Selbstbestimmung

Im Unterschied zur Jugendbewegung vom Anfang dieses Jahrhunderts zeichnet sich die heutige Jugend durch eine weitaus kritischere, ja skeptische Haltung allem gegenüber aus, was ihr in Gestalt von Maximen, Normen, Programmen, Sitten und Lebensregeln begegnet. Sie empfindet spontan das Formelhafte, die Phraseologie in allem, was sich historisch an allgemein gültigen Moralbegriffen, Gewohnheiten, dem, was erlaubt bzw. nicht erlaubt ist, herausgebildet hat. Das alles ist Ideologie, d. h. es sind in Sentenzen erstarrte, dogmatisierte und damit autoritativ wirkende Zwangsvorstellungen und Zwangsgewohnheiten. In dieser radikalen Ablehnung allem gegenüber was Satzung, Gesetz, kurz regelhaftes Normalverhalten ist, kommt ein elementares Bedürfnis nach Selbstbestimmung, nach Spontanität, nach Übereinstimmung von innerem Existenz- und Persönlichkeitserlebnis und individueller Lebensgestaltung zum Ausdruck.

Wertneutrale Wissenschaft und individualistischer Anarchismus

In dem Maße, wie sich die Aussagen der Wissenschaft relativiert haben und an die Stelle allgemeiner Verbindlichkeiten ein uferloser, weltanschaulicher Pluralismus getreten ist, entwickelte sich eine Art Wahrhaftigkeitsfanatismus im existentiellen Bewußtseinsbereich der Jugend. Das verstärkte Eigenbewußtsein oder anders ausgedrückt, die innere erlebnismäßige Trennung von ich-hafter Existenzbestimmung und routinehaft funktionierender Lebenspraxis kennzeichnet die psychische Situation der heutigen Jugend. Aquiriertes Wissen, traditionelle Gepflogenheiten, selbst angeborene Begabung werden als accessorisch, nicht vom Ich ausgehend empfunden und von vornherein infrage gestellt. Der individualistische Anarchismus eines Max Stirner wird im 20. Jahrhundert zur allgemeinen Seelenverfassung. Was liegt hier vor?

Die Bewußtseinskrise

Die Entwicklung zur freien (autonomen) Persönlichkeit, zur Selbstbestimmung als dem psychisch-individuellen und gesellschaftlich-allgemeinen Gehalt dessen, was unter dem Begriff Menschenwürde in das Bonner Grundgesetz eingegangen ist, hat in der 2. Hälfte unseres Jahrhunderts potentiell einen entscheidenden Punkt erreicht: Selbstbewußtsein und die erlebnismäßige und

intellektuelle Unterscheidung zwischen „Ich“ und „Welt“, zwischen Subjekt und Objekt erweist sich als isoliertes, dafür aber automes Existenzbewußtsein jenseits von Subjekt- und Objektwelt. Das Ich-Bewußtsein hat sich bis zu einem gewissen Grade vom subjektiv-seelischen (und subjektiv-leiblichen) Seinserleben getrennt und sieht sich sowohl über die eigene psychische Innenwelt (Triebe, Gefühle, Vorstellungen) als auch über die äußere Objektwelt hinausgehoben. Selbstbewußtsein und Existenzerlebnis sind auf die reine Ich-Erfahrung reduziert. Damit bricht die Welt der Wahrnehmungen, Vorstellungen, Gefühle, Fähigkeiten, Neigungen und Gewohnheiten als persönlichkeitstragende Elemente in sich zusammen. Sie verlieren als relative und manipulierbare Eigenschaften des Subjektiven ihre konstituierende Bedeutung für die individuelle Existenz. Wahr ist nur, was dieses ausschließlich auf sich selbst gestellte Ich repräsentiert. Kein anderer Bewußtseinsinhalt ist darüberhinaus verbindlich.

Pluralismus und Individualismus. Das Verhältnis zur Wahrheit.

Wenn heute vom Pluralismus als einer für unsere Zeit charakteristischen, individualistischen Haltung allen weltanschaulichen Fragen gegenüber gesprochen wird(wobei unter Weltanschauung alle Aussagen auf religiösem, künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiet verstanden werden), so hängt dies nicht mit der individualistischen, ich-haften Bewußtseinsverfassung als solcher zusammen — diese stellt ein durchgängiges und allgemeines Bewußtseinsphänomen dar — sondern vielmehr mit der vom Persönlichkeitskern (Ich) sich lösenden subjektiv-seelischen Interpretation der Weltanschauungen (Vorstellungen, Systeme, Strebungen). Die Wissenschaft war es vor allem, die mit der Forderung nach Wertneutralität und ausschließlicher Sachbezogenheit den subjektiven Charakter der Bewußtseinsinhalte besiegelte und dadurch den Pluralismus erst hervorbrachte. Seitdem gibt es außer den Sachgesetzmäßigkeiten keine allgemein gültigen Wahrheiten als individuelle Erkenntniserfahrungen. An ihrer Stelle steht die Vielfalt der Meinungen gleichwertig, d. h. aber unverbindlich nebeneinander. Würde man nun bei dieser Feststellung stehenbleiben und daraus — wie das die skeptische Philosophie tut — weiterhin ein allgemeines „Ignoramus ignorabimus“ ableiten, so wäre die vollständige babylonische Sprachverwirrung das Ende aller Erkenntnisbemühungen. So ist es jedoch nicht. Der subjektive Aspekt der Erkenntnis ist nicht zu leugnen. Auf ihm beruht der Pluralismus der Weltanschauungen. Jenseits der subjektiv gebundenen Vorstellungen und Begriffe steht jedoch das „Ich“ als der Brückenschläger zwischen erkennendem (denkendem) Subjekt und der Welt der Erkenntnisinhalte (Objektwelt). Die Erkenntnistätigkeit (das Denken) selbst ist diese Brücke; indem es die Begriffe Subjekt — Objekt erst bildet, ist es *übersubjektiv* und *überobjektiv*. Es ist universell — welteinheitlich. Damit kommt ihm der Rang der Wahrheit

zu, die ihrem Wesen nach individuell-allgemein ist, d. h. jedem Subjekt zugänglich. Für das Verständnis der modernen Bewußtseinsverfassung und der aus ihr für jeden Einzelnen wie für die Gesellschaft sich ergebenden höchst kritischen Situation, ist damit ein erster Gesichtspunkt gewonnen.

Freie „Marktordnung“ der Kultur

Die Persönlichkeitsautonomie: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“ (Artikel 2 GG) hat mit dem Pluralismus nichts zu tun. Die Persönlichkeitskultur gründet sich — wenn dies auch durchaus zunächst noch ein keimhafter Ansatz ist — auf die reine Ich-Erfahrung und die daraus sich notwendig ergebende erkenntnis-philosophische Durchdringung der in zeitgemäßer Form sich stellenden Aufgabe: „Erkenne Dich selbst“. Die Forderung nach einer persönlichkeitsgetragenen und zugleich persönlichkeitsoffenen Gesellschaft — dies steht als eigentliches Anliegen hinter der Rebellion gegen das „Establishment“ — findet nur die erforderliche Stoßkraft, wenn die junge Generation das Vertrauen in den Wahrheitsgehalt und in die Ordnungskraft autonomer Erkenntnisse und damit in eine *persönlichkeitsorientierte* (also *wertbezogene*) Wissenschaft herstellt. Dies führt dann nicht einfach zur Ablehnung des herkömmlichen, obrigkeitlich gelenkten Bildungswesens, sondern zu einer „freien Marktordnung“ der Kultur. Ihre autonomen Bildungseinrichtungen befinden sich untereinander im Wettbewerb um die besseren Bildungsinhalte und Bildungsmethoden und um die besseren Schüler. Der Weg zur Bildung muß frei gelegt werden für Alle, die nach Bildung streben. Nicht eine staatliche Bürokratie verleiht in einem freien Bildungswesen die berufsberechtigenden Diplome — was bisher zwangsläufig zur Gleichmacherei der Ausbildungsgänge führte — sondern die autonomen berufsbildenden (auch allgemeinbildenden) Schulen und Hochschulen entscheiden selbst über den erfolgreichen Abschluß, der von ihnen geleiteten und allein verantworteten Bildungswege. Nicht eine Aufsichtsbehörde — sondern der Wettbewerb sorgt für ein Optimum an individueller Leistung und wirtschaftlichem Erfolg von Schüler und Lehrer.

Freies Lehrer-Schüler Verhältnis

Bei der Auseinandersetzung der Studenten mit den Vertretern der autoritären, in bürokratischen Verwaltungspraktiken erstarrten staatlichen Hochschule geht es um die konsequente Verwirklichung des freien Lehrer-Schüler-Verhältnisses. Seine rechtliche Grundlage ist gleichbedeutend mit der generellen tatsächlichen und nicht nur proklamierten Persönlichkeitsautonomie sowohl der Lehrer als auch der Schüler. Für die notwendige Hochschulreform hat dies ganz bestimmte Folgen, die sich in wenigen Sätzen zusammenfassen lassen:

1. Der Beamtenstatus der Lehrer ist unvereinbar mit dem Verfassungsgrundsatz: Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei (Artikel 5 GG). Die aufgrund des Artikels 5 GG jedem Lehrer, nicht nur dem akademischen Lehrer, verfassungsrechtlich garantierte Autonomie, gründet sich außerdem auf Artikel 2 GG: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“.
2. Die gesellschaftlichen Kriterien des freien Berufes (des „Rechtes auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit“): Eigeninitiative und Selbstverantwortung auf der einen Seite, Bewährung im freien Wettbewerb, d. h. alleinige berufliche Anerkennung auf die Dauer durch das freie Votum der Mitbürger auf der anderen Seite, werden durch das Beamtenverhältnis in wesentlichen Punkten zunichte gemacht und in einseitige Machtpositionen (Beamtenprivilegien) verwandelt; insbesondere wird die verfassungsmäßige Lehrfreiheit monopolisiert und der Kontrolle durch die freien akademischen Bürger und den freien Wettbewerb um die besseren Ideen entzogen.

Hier setzt mit Recht die Kritik der Studenten am staatlichen Hochschulsystem ein. Die Macht der Ordinariate ist nur zu brechen durch die Umwandlung des Beamtenverhältnisses der Hochschullehrer in ein freies Vertragsverhältnis mit der autonomen Hochschule.

3. Damit wird die Forderung der Studenten nach Mitbestimmung bei der Hochschulverwaltung hinfällig. Die Freiheit der Lehrerwahl durch die Studenten auf der einen Seite, ergänzt durch die unaufhörliche Nötigung der Lehrer, sich im Wettbewerb mit anderen um die Schüler zu bewähren, auf der anderen Seite, bewirken allein die in einem freien Kultur- und Bildungswesen erforderliche Privatinitiative, Mobilität und Originalität.
4. Demokratische Mitbestimmung (und Kontrollen) sind dann überflüssig und zudem in einem freiheitlichen Bildungswesen systemwidrig. Über kulturelle Fragen kann nicht auf demokratischem Wege entschieden werden. Durch die Aufhebung des Beamtenstatus wird der Lehrer der effektiven Kritik der Studenten ausgesetzt. Der Lehrkörper einer Hochschule wird sich von den Kollegen trennen, die im freien Lehrer-Schüler-Verhältnis sich auf die Dauer nicht durch wirkliche wissenschaftliche und methodisch-didaktische Leistungen bewähren.
5. Mit der Herstellung der tatsächlichen staatsfreien autonomen Hochschulverfassung wird schließlich die Rechtsgrundlage zur Gründung freier, konkurrierender Hochschulen geschaffen. Das Fehlen einer freien Hochschulverfassung war bisher der Grund für die völlig unzureichende Vermehrung der Hochschulen entsprechend dem wachsenden Bedarf an Studienplätzen.

Freiheit und soziale Gerechtigkeit durch Gegenseitigkeit der Leistung

Die Überwindung des Staatsmonopols auch auf dem Gebiet der Hochschule ist nach wie vor eine unerfüllte Forderung unseres Grundgesetzes und der freien demokratischen Ordnung. Die Studenten sind keine Anarchisten, wenn sie auf dieser Forderung bestehen. Ihr Appell an die bürgerliche Gesellschaft, die vielzitierten Freiheitsrechte endlich zum Zuge kommen zu lassen, entspricht dem Bewußtseinsschritt der Menschen des 20. Jahrhunderts zur autonomen Persönlichkeit. Die gesellschaftlichen Institutionen, die dieser Tatsache nicht Rechnung tragen, wirken hemmend auf die Entwicklung. Unsere Zeit stellt jeden Einzelnen vor Fragen und Situationen, die mit antiquierten Lebensgewohnheiten und Bildungsvorstellungen nicht bewältigt werden können. Sie behindern den unbefangenen Blick in die Entwicklungsnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. Gegen die Blockierung der freien Ideenbildungen auf allen Gebieten wendet sich mit Recht die Jugend; denn es geht um ihre Zukunft und um ihre Chancen. Das sogen. „Establishment“ ist nichts anderes als das legalisierte Festhalten an überholten Bildungsvorstellungen einer durch Privilegien abgesicherten berufsständigen Gesellschaft. Die offene, freie Gesellschaft, frei von legalisierten und institutionalisierten Privilegien und Monopolen, allein gesichert durch die durchgängige Rechtsgarantie der Gegenseitigkeit der Leistungen auf allen Gebieten, ist das wahre Ziel der sozialen Revolution der Gegenwart.

Heinz Hartmut Vogel

Der freiheitliche Sozialismus

Die Tragödie von Prag

Die politische Situation in der Tschechoslowakei ist in zweifacher Hinsicht als tragisch zu bezeichnen: der freiheitliche (demokratische) Sozialismus, wie ihn die Prager Reformpolitiker für ihr Land proklamieren, trifft im Lager der sozialistischen Ostblockstaaten auf erbitterten Widerstand und in der sogenannten „Freien Welt“ — bei aller Bewunderung für die Tapferkeit und Einmütigkeit eines um seine Unabhängigkeit ringenden Volkes — letzten Endes auf Unverständnis und Skepsis. Die Menschen in der Tschechoslowakei fühlen sich auf ihrem Wege zu einer sozial gerechten und freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung allein gelassen; und doch zieht hier ein ganzes Volk aus seiner jüngsten Geschichte Folgerungen, die geeignet sind, beispielhaft auf die übrige Welt in Ost und West zu wirken.

Wer die tatsächlichen politischen Verhältnisse in den Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen mit den dort jeweils verkündeten gesellschaftlichen „Errungenschaften“ vergleicht, weiß, daß es dem Osten letzten Endes nicht um soziale Gerechtigkeit — was doch wohl unter Sozialismus zu verstehen ist — und dem Westen um die Freiheit des Menschen geht, sondern hier wie dort um den mehr oder weniger offen geführten Kampf um politische bzw. wirtschaftliche Machtpositionen. Die Rolle, die dabei dem Bildungs- und Informationswesen zukommt, trägt in den westlichen Demokratien dem gesellschaftlichen Pluralismus konkurrierender Interessengruppen Rechnung, während es in den orthodoxen sozialistischen Ländern den Zielsetzungen eines monolytischen Machtsystems zu dienen hat.

Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Der Westen möchte dem einzelnen Menschen durchaus gewisse Freiheitsrechte einräumen, jedoch nur soweit sie die traditionellen Machtpositionen wirtschaftlich und ideologisch interessierter Kreise (Establishment) nicht tangieren. Der Osten dagegen ist davon überzeugt, durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel (Marxismus) die soziale Frage gelöst zu haben; er kann jedoch nicht zugeben, daß damit an die Stelle privater Machtpositionen die Kollektivmacht einer einzigen Gruppe bzw. Partei tritt. Während der Westen den Sozialismus und der Osten die Freiheit ablehnt, stellt sich in der Tschechoslowakei zum

ersten Male ein ganzes Volk hinter eine soziale Idee, die nicht anonyme Macht sondern Gerechtigkeit für Alle, nicht Interessenpluralismus und Gruppenegoismus sondern persönliche Freiheit zum Ziel hat.

In der Tschechoslowakei sind private wirtschaftliche und ideologische Interessengruppen beseitigt. Es war damit die Chance gegeben, die gesellschaftliche Ordnung allein auf den allgemeinen menschlichen Grundrechten, Anliegen und Zielsetzungen aufzubauen, die in den beiden Forderungen nach persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gipfeln.

Das vorläufige Ende einer auf Gerechtigkeit und Freiheit hinzielenden gesellschaftlichen Entwicklung hat gezeigt, daß es der östlichen Führungsmacht im Grunde genommen um die Aufrechterhaltung der Hegemonie in ihrem Herrschaftsbereich geht und sie sich kaum noch bemüht, ihren unverhüllt zu Tage getretenen Machtanspruch auch noch durch Erklärungen wie „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften“ zu verschleiern. Die Lähmung des Westens angesichts der Prager Tragödie hat ihre Wurzel in einer schwer zu durchschauenden Unaufrichtigkeit. Hinter dem erklärten Ziel, für Freiheit und Demokratie in der Welt einzutreten, wirken zwar private, deshalb jedoch nicht weniger massive wirtschaftliche Machtgruppen, die sich in durchaus „legitimer“ Weise der Spielregeln der Demokratie bedienen, um ihre Interessen über den Einsatz staatlicher Machtmittel nach innen wie nach außen zu sichern.

Die „Führungsmächte“ in Ost und West haben sich zweifellos in Kenntnis dieser wirklichen Tatsachen innerhalb ihrer Machtbereiche stillschweigend mit der Teilung der Welt abgefunden und entsprechend ihre Einfluß-Sphären abgesteckt. Die historische Bedeutung der jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei kann deshalb nicht hoch genug gewertet werden. Die leidenschaftliche Teilnahme am Schicksal dieses Landes in der ganzen Welt hat die tiefe Sehnsucht der Menschen unseres Jahrhunderts zum Ausdruck gebracht nach einem Leben in Gemeinschaften, die auf der Grundlage tatsächlicher und rechtswirksamer sozialer Freiheit beruhen ohne die gleichzeitige Legalität wirtschaftlicher und politischer Machtgruppen.

Das Denken und Leben in Machtblöcken muß um der Menschen willen überwunden werden. Unsere rechtsstaatliche Ordnung erlaubt es uns, im eigenen Lande die Wege zu einem freiheitlichen Sozialismus aufzuzeigen. Die Machtausübung von Menschen über Menschen — auch wenn sie sich unter dem Deckmantel der Demokratie abspielt — kann in einem Land, das nach rechtsstaatlichen Grundsätzen aufgebaut ist, durchaus auch mit rechtsstaatlichen Mitteln überwunden werden. Dies ist unsere Chance! Die legalen Rechtsformen privater Macht innerhalb der sogenannten Freien Demokratien beruhen vor allem auf dem Monopolcharakter des traditio-

nellen Boden- und Geldrechtes. Nach wie vor duldet unsere Rechtsordnung das Auftreten von wirtschaftlichen Interessen (Einkommensbildung durch Boden- und Kapitalrenten) durch die natürliche Knappheit von Boden und die künstliche Knappheit — eine typische Eigenschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems — von Kapital. Am gemeinsamen Boden- und Geldrecht ist deshalb anzusetzen, wenn der Ausbeutungscharakter und die Verschleißproduktion aus der Wirtschaft eliminiert werden sollen.

Freiheitlicher Sozialismus heißt jedoch nicht Beseitigung der freien unternehmerischen Initiative durch Kollektivierung der Produktionsfaktoren Boden und Kapital, sondern lediglich „Sozialisierung“ d. h. Wegsteuerung der Bodenrentenzuwachsraten und Überwindung der Kapitalknappheit (und damit der arbeitslosen Kapitalgewinne auf Kosten der Arbeitseinkommen) durch Sicherung der Dauervollbeschäftigung und der Stetigkeit der Geldzirkulation, auch bei Absinken des Kapitalzinses unter die „Rentabilitätsgrenze“.*)

Die Ereignisse in Prag haben eine Entwicklung in Gang gesetzt, die nicht mehr abreißen darf. Es ist die Aufgabe aller freiheitlich denkenden Menschen, die rechtswissenschaftlichen Grundlagen und die Funktionsfähigkeit eines freiheitlichen Sozialismus aufzuzeigen und für ihre Verwirklichung einzutreten. Allein damit kann die freie Welt dem tschechoslowakischen Volk ihre Teilnahme und ihren Dank wirksam zum Ausdruck bringen.

Dr. Heinz Hartmut Vogel

*) Wir können in diesem Zusammenhang nur auf die rechtlichen Voraussetzungen eines freiheitlichen Sozialismus hinweisen. „Fragen der Freiheit“ bringen laufend grundsätzliche Beiträge zu diesem Thema; siehe auch John M. Keynes: „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Geldes und des Zinses“ und H. H. Vogel: „Jenseits von Macht und Anarchie — Die Sozialordnung der Freiheit“, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen.

Das Ende des Weltkommunismus

Eine erste Bilanz des Überfalls der Sowjetunion und ihrer Satelliten auf die Tschechoslowakei.

Der hinterhältige, brutale und in jeder Hinsicht rechtswidrige Überfall der Sowjetunion und ihrer Satelliten auf die CSSR hat die bis noch vor wenigen Tagen weitverbreitete Illusion zerstört, daß es einen freiheitlichen Sozialismus sowjetkommunistischer Prägung geben könne. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion hat durch diesen Gewaltakt bewiesen, daß es letztlich nur ein Ziel kennt: die eigene Macht und Herrschaft mittels des zentralistisch-bürokratischen kommunistischen Regierungssystems über das Riesenreich des von ihm unterworfenen und gelenkten Völkergemischs von der Elbe bis zur Beringstraße zu behaupten. Wer diesem Ziel nicht dient innerhalb des sowjetischen Machtbereichs, der wird zur Räson gerufen und gegebenenfalls, wenn er nicht gehorcht, zermalmt.

Damit aber ist nun endgültig klar: nicht der Weltkommunismus als eine die Menschheit von Not, Elend, Gefahr, Ausbeutung, Unterdrückung und Unfreiheiten aller Art befreiende Idee ist das Ziel der Moskauer „Internationale“ und des ZK der KPdSU, sondern diese Moskauer „Internationale“ und alles Gerede vom Weltkommunismus und von der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft waren und sind nur Mittel zur Tarnung des einzig wirklichen Ziels der Sicherung und Erweiterung der Macht des Politbüros in Moskau. Was immer der Welt als internationale marxistisch-leninistische Menschheitsbefreiungsideologie von Moskau verkauft worden ist, in Wahrheit war gerade das der ideologische „Überbau“ der herrschenden Klasse der Sowjetunion zum Zwecke der Beherrschung der sowjetischen Völkerschaften.

Dieser Moskauer „Internationalen“ haben der sowjetische Imperialismus und die sowjetische Staatsräson durch die Unterjochung des sozialistiskommunistischen „Brudervolkes“ der Tschecho-Slowakei einen Schlag versetzt, von dem sie sich kaum mehr erholen wird. Der Marxismus-Leninismus sowjetischer Provenienz gehört fortan der Geschichte an — mag er im sowjetischen Bereiche selbst auch noch auf Jahrzehnte hinaus als pseudo-religiöse Heilslehre, die das sowjetische „Vaterland“ vom Kapitalismus-

Imperialismus befreit und das Land zusammengeschweißt und groß gemacht hat, weiterwirken. Für die Menschheit als Ganzes hat der sowjetische Kommunismus ausgespielt.

Das Ende des Nimbus von der Unbesiegbarkeit der marxistisch-leninistischen Ideologie.

Wenn man den bisher vorliegenden Berichten über die wahren Ursachen der sowjetischen Okkupation der CSSR Glauben schenken darf, so gibt es letzten Endes nur einen einzigen Grund für diesen empörenden Unrechtsakt: die Angst der Moskauer Machthaber vor der ansteckenden Kraft der Freiheit, vor der dem neuen freiheitlichen Sozialismus innewohnenden Dynamik, vor der das ganze bisherige kommunistische System demaskierenden Macht der Wahrheit. Das heißt aber: Wahrheit und Freiheit sind schlechthin tödliche Gefahren für die sowjetische Ideologie; diese Ideologie vermag der Idee der Freiheit im Falle eines fairen Wettbewerbs der Ideen miteinander nicht standzuhalten. Deshalb die tödliche Feindschaft des Kremls gegen den Reformkommunismus Dubceks wie gegen jeden „menschlichen“ Sozialismus, ja wie gegen jegliches wahre Menschentum überhaupt.

Freiheit heißt Autonomie, Sich-selbst-bestimmen in allen Bereichen des Lebens. Freiheit im gesellschaftlichen Sinne heißt: sich eine eigene Meinung bilden, lesen, schreiben und sagen können, was man für richtig hält, was man will. Freiheit heißt: selbständig denken und nach dem Gedachten handeln. Freiheit heißt: selbst wählen — den Beruf, den Wohnsitz, den Arzt, den Lehrer, den Arbeitsplatz, die Kleidung, den Urlaub, die Freizeitbeschäftigung, die Lebensweise. Freiheit heißt also: von niemandem unterdrückt, bevormundet und ausgebeutet werden — nicht von Priestern, nicht von Gutsherren, nicht von Arbeitgebern, nicht von Vorgesetzten — aber auch nicht vom Staat, nicht von staatlichen Beamten und nicht von Parteifunktionären. Kurzum: Freiheit heißt: Freiheit von jedem fremden Kommando, ganz gleich ob in der Wirtschaft, ob im Staat, ob in der Kultur.

Marxismus-Leninismus aber heißt: Primat der kommunistischen Partei, genauer: Primat des ZK der KPdSU unter allen Umständen; Erziehung ist Sache des Staates, die Presse ist ein Organ des kommunistischen Staates bzw. der Partei; Eigentümer an den Produktionsmitteln ist der Staat; die Investitions- und Produktionslenkung (und davon abhängig der Konsum) ist Sache des Staates; und die Regelung aller rechtlich-politischen Angelegenheiten ist ohnehin Sache des Staates — und zwar ohne jede Gewaltenteilung. Gesetzgebung, Regierung, Rechtsprechung liegen letzten Endes alle in einer Hand, in der Hand des ZK der KPdSU. Wie aber kann in einer Gesellschaft Gerechtigkeit walten, wenn alle Gewalt in Wirtschaft, Kultur und Staat sich in einer einzigen Hand befindet? Wenn der Staat nicht

neutral außerhalb der wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten seiner Bürger steht, sondern selbst „Partei“ ist? Und alle Machtmittel zur Durchsetzung seiner Ziele in Händen hat?

Doch mehr noch: Der Primat der kommunistischen Partei heißt vor allem auch noch: letzte Zuständigkeit über die Weltanschauung, die im Bereiche der Sowjetunion und ihrer Satelliten zu gelten hat und gilt. Der Unfehlbarkeitsanspruch des Papstes innerhalb der katholischen Kirche (der sich immerhin in jedem Falle auf das Bemühen um echte Wahrheitserkenntnis stützt) ist nichts gegen den Unfehlbarkeitsanspruch der Kremllherren, die (weil es ja prinzipiell für sie überhaupt nichts Geistiges, nichts absolut Wahres gibt) das, was als „Wahrheit“ in ihrem Herrschaftsbereich zu gelten hat, letztlich aus purem Opportunismus willkürlich selbst „setzen“.

Was „Wahrheit“ ist, bestimmt im Sowjetimperium das ZK der KPdSU. In der freien Welt hingegen, bzw. überall, wo geistige Freiheit herrscht, findet der freie Mensch die Wahrheit in sich. Deshalb ist die KPdSU — geradezu naturnotwendig — der unerbittliche Gegner jeglicher Freiheit in der Welt. Denn Machtinteresse und Wahrheit stimmen niemals überein; kommunistische, d. h. im Dienste des ZK der KPdSU stehende Ideologie, kann schlechterdings niemals mit der Wahrheit als solcher übereinstimmen. Das heißt aber: die kommunistische Ideologie ist stets und unter allen Umständen der Wahrheit unterlegen.

Das war das „Verbrechen“ Dubceks und der Reformkommunisten, daß es ihnen um Wahrheit und Recht schlechthin ging und daß sich ihre tschechische kommunistische Partei in den Dienst dieser Wahrheit und damit des Menschen stellen wollte und nicht umgekehrt; und daß ihnen auf diesem Wege praktisch das ganze tschechoslowakische Volk begeistert gefolgt ist und dadurch die Überlegenheit der Idee der Freiheit über die Ideologie der Moskauer Internationale manifestiert hat.

Das Ende des Glaubens an die Saturiertheit der Sowjetunion.

Die Unterdrückung der CSSR hat gezeigt, daß der Expansionswille Sowjetrußlands noch nicht erlahmt ist. Es ist zwar in den letzten Jahren, speziell von den Freunden einer allgemeinen Entspannung im Verhältnis zwischen den Völkern West- und Ost-Europas, immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Sowjetunion nicht daran denke, ihren Einflußbereich nach Westeuropa hin zu erweitern — die Tatsachen sind jedoch nicht geeignet, diesen guten Glauben zu untermauern. Immerhin hat die Sowjetunion 1939 Ostpolen besetzt, 1939/40 Südostfinnland und die baltischen Staaten, und sie hat nach der Niederwerfung Deutschlands keines der von ihr besetzten Gebiete wieder freigegeben. Bessarabien und die Bukowina hat sie den

große Experiment verhindert: ob es überhaupt möglich ist, einen freiheitlichen Kommunismus zu konzipieren und zu verwirklichen; ob überhaupt eine Synthese von Freiheit und Marxismus möglich ist.

Die Reformkommunisten hatten etwa folgendes Ziel: der Mensch soll frei denken, frei sprechen, frei schreiben, sich frei entfalten können. Er soll sich frei bewegen, seinen Beruf und seinen Arbeitsplatz frei wählen können, und er soll auch seine Konsumwahl frei treffen können. Die Betriebe sollen nicht nach Staatsplan produzieren, sondern nach den Erfordernissen der Konsumenten selbst, wobei die Preise und die betriebliche Rentabilität wieder als Produktionssteuerungsmittel dienen sollen. Dem Staate soll lediglich noch die globale Lenkung der Wirtschaft vorbehalten bleiben und das rechtliche Eigentum an den Produktionsmitteln, nicht jedoch die Verfügungsgewalt über deren Einsatz im Wirtschaftsablauf, die den Betrieben selbst vorbehalten bleiben soll. Im Staate selbst soll die Diktatur der kommunistischen Partei ganz abgeschafft und demokratische, freiheitliche Institutionen eingerichtet werden.

M. a. W.: Freiheit soll also in weiten Bereichen der Kultur und in einem bedeutenden Teilbereiche der Wirtschaft herrschen und außerdem in wesentlichen Teilen des staatlich-politischen Lebens. Auf diese Weise soll eine Synthese von dynamischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erreicht werden. Und es ist der unerschütterliche Glaube aller freiheitsliebenden Marxisten in der westlichen Welt, daß eine solche Synthese grundsätzlich möglich ist.

Wir sind aus guten Gründen, die in diesen Blättern schon vielfach erörtert worden sind, anderer Auffassung. Die Interdependenz — das Ineinandergreifen, das Voneinanderabhängigsein, das Gegenseitigzugeordnetsein — der drei Ordnungsbereiche Wirtschaft, Staat und Kultur macht es einfach unmöglich, in einem Bereiche den Primat der Freiheit zu erreichen, in einem anderen aber den Primat der Staatslenkung. Entweder wird sich die Freiheit in allen Bereichen durchsetzen, oder das Staatskommando wird sich in allen behaupten. Alle theoretisch denkbaren Arten von Zwischenlösungen werden je nach der Kraft des staatszentralistischen oder des freiheitlichen Elements in der jeweiligen Gesellschaft entweder nach der einen oder nach der anderen Seite hin beseitigt werden, wobei in aller Regel die zentralisierende Staatsmacht den freiheitlichen Tendenzen überlegen ist. Denn beide Prinzipien, die Freiheit wie die Diktatur, sind nun einmal ihrem Wesen nach unteilbar.

Hierzu ein Beispiel. Kann eine Wirtschaft (modern, aufs höchste spezialisiert-arbeitsteilig, mit der Welt verflochten, in dauerndem Wandel und Wachstum begriffen) reibungslos funktionieren, wenn sich das Eigentum an den Produk-

tionsmitteln und die Verfügungsgewalt über die Investitionskapitalien in der Hand des Staates befinden, wenn aber das Wirtschaften als solches Sache der Betriebe ist, die ihrerseits ihre Impulse durch Preis und Rentabilität vom Markt, das heißt von den freien Konsumenten erhalten? Wäre es dann denkbar, daß das Kapital von den Staatsorganen, etwa einem staatlichen Kapitalsammelfonds oder einer Staatsbank, immer und ausschließlich den Wirtschaftsunternehmungen zur Verfügung gestellt wird, die die jeweils volkswirtschaftlich wichtigsten sind? Wer bestimmt dann, was wichtig ist? Würde dann das Kapital überhaupt nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingesetzt werden? Würde nicht die jeweils mächtigste politische Gruppe es nach ihrem Machtinteresse einsetzen? Und würde nicht die übelste Korruption sofort Platz ergreifen? Und würde nicht mangels jeglichen persönlichen Interesses am bestmöglichen Kapitaleinsatz das Leistungsstreben erlahmen, zumal auch noch der Wettbewerb der verschiedensten ‚Kapitalisten‘ untereinander (denn nur der Staat wäre noch der einzige ‚Kapitalist‘) wegfiel? und würde nicht überdies der ‚Kapitalist‘ Staat sofort die Chance ausnutzen, seinen „Steuersäckel“ durch hohe Zinssätze zu füllen, wie es tatsächlich in der Sowjetunion geschieht? Wäre nicht zwangsläufig die weitere Folge dieses Zustandes, daß man entweder den Kapitalbesitz an den Produktionsmitteln ganz auf private Eigentümer übertragen oder daß man den Staat mit geeigneten Zwangsmitteln ausstatten müßte? Im ersteren Falle wäre die wirklich freie Marktwirtschaft, im letzteren die Zentralplanwirtschaft die Folge.

Das Beispiel kann hier nicht weiter vertieft werden. Es dürfte indessen schon genügen, um darzutun, daß Autonomie und Staatskommando sich nicht miteinander vertragen können; daß die ‚Idee‘ eines freiheitlichen Sozialismus im Sinne des Reformkommunismus eine Illusion ist.

Und gerade das wissen auch die Sowjets in Moskau ganz genau. Und sie sahen sehr deutlich, daß Dubceks Weg — hätten sie ihn gewähren lassen — letztlich geradewegs in eine freiheitliche Demokratie mit freier Marktwirtschaft und freiem Geistesleben geführt hätte. Dadurch wäre aber die sowjetische Gesellschaft selbst in eine für sie und vor allem ihre Machthaber gefährliche Krise geraten.

Fritz Penserot

Pour gouverner mieux il faut gouverner moins

Montesquieu

Wirkliche Demokratie — eine Utopie?

Die Demokratie westlicher Prägung garantiert die Freiheit der Persönlichkeit und damit auch die Freiheit des Zusammenschlusses der Einzelnen zu Interessengruppen, (ausgenommen die den wirtschaftlichen Wettbewerb einschränkenden Kartelle, Syndikate und Trusts, die durch das Kartellgesetz wenigstens zum Teil unterbunden sind). Auf dem Wege des Kompromisses soll dann der Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen zustande kommen. Dies ist, nach allgemeiner Meinung, der Weg, der zu einer echten Demokratie führen soll.

Diese Argumentation enthält indessen einen gefährlichen Irrtum, ja man möchte sagen, einen für die Demokratie lebensbedrohenden Fehlschluß. Ganz abgesehen davon, daß ein Kompromiß zwischen einer stärkeren und einer schwächeren Gruppe immer eine Machtfrage darstellt, und der Ausgleich in der überwiegenden Zahl der Fälle immer zu Ungunsten des schwächeren Partners ausfällt, ist dieser Vergleich logischerweise stets nur auf die subjektiven Interessen der Partner gerichtet und keineswegs auf das Interesse der Gesamtheit. Die Logik der Entwicklung bringt es mit sich, daß auf diese Weise sich immer stärkere Machtorganisationen innerhalb, wie auch außerhalb des Parlaments bilden, die schließlich bis zu einem hohen Grad die eigentlichen Regenten im Staate werden. Das Parlament wird zum Repräsentanten dieser Machtgruppen. Der Staat spielt lediglich die Rolle des Büttels. Eine, das demokratische Prinzip wahrende Autorität ist zwar in Gestalt der Verfassung vorhanden, wird aber in praxi kaum beachtet. Folglich ist auch keine, auf die Erhaltung des demokratischen Staates gerichtete Willensbildung des Bürgers vorhanden. — Die Demokratie wird zur Farce.

Das mag überspitzt formuliert sein, gewiß — natürlich gibt es Einrichtungen und Gesetze, die dem Schutz der Demokratie dienen, aber was hier gemeint ist, wird deutlich, wenn wir die Rolle des Bürgers in dieser Demokratie ins Auge fassen. Das einzige konkrete Recht, das er besitzt, ist das der Stimmabgabe bei den Wahlen, wo er mit Versprechungen überschüttet wird. Sein Einfluß auf das weitere Geschehen aber ist, weil er sich um seine durch das Grundgesetz gewährleisteten Freiheitsrechte zu wenig bemüht, gleich Null. Sobald dann die Dinge nicht in seinem Sinne verlaufen, ist die unaus-

bleibliche Folge eine Verärgerung und unter Umständen eine zunehmende Radikalisierung. Eine Entwicklung, die in der derzeitigen Struktur unserer Demokratie, wie seither in jeder Demokratie, fast unausbleiblich ist. Man kann es heute wieder an jeder Straßenecke hören, das Rufen nach dem „starken Mann“: „Bei Adolf war das doch ganz anders!“ — „Wir brauchen wieder eine harte Faust, die entsprechend auf den Tisch haut!“ usw. Das grausame Spiel beginnt von neuem.

Dieser Zersetzungsprozeß der Demokratie wird sich solange wiederholen, als man sich nicht entschließt, ihre Struktur in *der* Weise zu ändern, daß sie ihren Namen wirklich verdient. Man hat die Demokratie, alias „Volks-herrschaft“, immer dahin verstanden, daß die Macht (die ihrem Wesen nach Willkür ist und den Mißbrauch im Gefolge hat) von den oberen Schichten an die unteren abzutreten sei. Kratos aber heißt die Kraft, Demokratie also ein Gesellschafts (aber kein Herrschafts-) System, das aus den Kräften des Volksganzen sich entwickelt. Wie aber kann eine solche Gesellschaft zustandekommen?

Für die Beantwortung dieser Frage erhalten wir durch einen Blick in unsere jüngste Vergangenheit überraschende Aufschlüsse. Wir sind nur allzusehr geneigt, gegenüber den trüben Erinnerungen aus jener Zeit in abweisender Resignation zu verharren, und doch könnte uns eine eingehende Analyse gerade dieser Epoche zu einem ungeahnten Segen werden.

Das Geschehen in der Ära Hitler wird charakterisiert durch folgende vier Feststellungen:

1. Ohne die Wirtschaftskrise der zwanziger Jahre wäre es niemals zur Machtergreifung Hitlers gekommen.
2. Diese Krise war keine unabwendbare Naturkatastrophe. Sie konnte deshalb auch von Hitler (durch welche Maßnahmen auch immer) in kurzer Zeit in eine relative Wirtschaftsblüte verwandelt werden.
3. Es hat sich gezeigt, daß es sehr wohl möglich ist, auf dem Wege der Überzeugung (sogar dann, wenn solche „Überzeugung“ einer ernsthaften Nachprüfung nicht standzuhalten vermag) — wir könnten deshalb wohl besser sagen: auf dem Wege „seelischer Manipulation“, zu einer einheitlichen Willensbildung der Mehrheit eines Volkes gelangen.
4. Was Hitler seinen Sieg — die Zerstörung der Demokratie — so wesentlich erleichtert hat, war die Hilflosigkeit bzw. Standpunktlosigkeit der Bürger in ihrer Mehrheit in Bezug auf die Grundfragen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und damit ihrer eigenen Existenzgrundlage — und daraus folgend ihre Anfälligkeit für jedes System, das mit scheinbar einleuchtenden Argumenten angepriesen und verteidigt wird.

Hierzu ist Folgendes zu sagen:

Die moderne Forschung wäre durchaus in der Lage, Katastrophen, wie die der zwanziger Jahre zu verhindern. Sie hat auch ihre Stimme erhoben, aber es war eine Stimme in der Wüste. Die hier erforderlichen Maßnahmen hätten der Zustimmung einer Mehrheit im Volke bedurft. Dazu aber fehlte die Urteilskraft der Allgemeinheit. — Und das ist heute noch nicht anders.

Seit 1947 erleben wir im Gefolge der fortschreitenden Geldentwertung eine Katastrophe nicht minder erschreckender Art, vor allem deshalb, weil sie in ihren Folgen mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln nicht reparabel ist und die nur deshalb weniger spürbar wurde, weil sie sich sozusagen unter der Decke des „Wirtschaftswunders“ vollzog und die Leidtragenden, in Gestalt der vielen Millionen Mieter erst post festum die Rechnung serviert bekamen. Ich meine jene Riesenbodenspekulation, die für die Allgemeinheit eine Belastung von über 100 Milliarden, samt Zinsen für alle Zeiten bedeutet und für die jetzt der Staat, unter Schaffung neuer Ungerechtigkeiten und dem einmütigen, zum Teil berechtigten, Protest der kleinen Eigenheimbesitzer, in Form der erhöhten Grundsteuern einen Ausgleich zu schaffen sucht. (Der kleine Mann, der sich in Jahren unter großen Opfern ein Häuschen zusammengespart und seine Schulden amortisiert hat, kommt in die groteske Situation, daß er für einen Gewinn, den er weder realisieren kann, noch will, eine X-fache Grundsteuer der bisherigen bezahlen soll, die unter Umständen seine Leistungsfähigkeit weit übersteigt.) Man wird sich da nicht wundern dürfen, daß ein solcher Mann sich bis aufs Blut zur Wehr setzt und schließlich dem Radikalismus in die Arme getrieben wird. Hier wie dort sind die Ursachen die gleichen. Es fehlte und fehlt an der Urteilsfähigkeit bei den zentralen Stellen, verhindert durch die gegensätzlichen Vorstellungen der großen Interessengruppen im Staate, und es fehlt dementsprechend an einer einwandfreien, rechtzeitigen Aufklärung der Öffentlichkeit — ein Manko, das der Demokratie in ihrer heutigen Struktur hinsichtlich der entscheidendsten Lebensfragen anhaftet.

Hitler hat dieses Manko der Demokratie instinktiv erfaßt und schuf ein Propagandaministerium, mit dessen Hilfe es ihm weitgehend gelungen ist, dem Denken und Handeln der einzelnen Bürger, *seine* Richtung aufzuzutroyieren. Es hat sich dabei gezeigt, wie entscheidend der Grad der Eindringlichkeit ist, mit der eine Behauptung vorgetragen wird, um für sie eine Mehrheit zu gewinnen. Indem man ihr nur den Schein eines Wahrheitsgehaltes beilegt, wird sie akzeptiert, auch wenn sie sich bei klarer Beurteilung als noch so absurd erweist: „Die Deutschen sind die erlesene Herrenrasse“ — „An allem Unheil sind die Juden schuld.“ — „Der Osten muß frei gemacht werden von den ‚minderwertigen‘ Rassen, um der deutschen Elite Platz zu machen.“ — Wenn es aber möglich war, für Argumente solcher Art eine

Mehrheit zu gewinnen, die sich keineswegs nur aus den „primitiven“ Schichten des Volkes rekrutierte, warum sollte es da nicht gelingen, bei Anwendung geeigneter Methoden, eine Mehrheit zu gewinnen für Einsichten, die jeder gesund denkende Mensch sollte bejahen können?

„Der Mensch ist gut!“ — „Der Mensch ist eine Bestie!“ Beides trifft zu. Wir erfahren es täglich. Charakter, Erziehung und Umwelt entscheiden darüber, welchen Weg der Mensch im Leben geht.

Aber von Jahr zu Jahr, von Generation zu Generation wird es für den Menschen schwieriger, im turbulenten Getriebe der ihn in Fesseln schlagenden äußeren Beeinflussung zu sich selbst zu finden. Die Hast des Berufslebens, die verwirrende Fülle der täglichen Eindrücke, die Widersprüchlichkeit der ihn bedrängenden Meinungen in Rede und Schrift erschweren ihm eine klare Urteilsfindung sehr. So hält er — meist unbewußt — Ausschau nach einer führenden Hand, der er sich gerne überließe, ohne weiter zu überlegen, ob sie auch vertrauenswürdig ist.

Eine eigene zuverlässige Urteilsfindung setzt Einsichtsfähigkeit voraus über die jeweils gegebenen Verhältnisse und Situationen. Wo aber findet man sie?

Warum fiel der Bürger dem Hasardeur Hitler zum Opfer? Weil es ihm an der geeigneten Unterrichtung und damit an den entscheidenden Argumenten fehlte, um den Tiraden des Verführers wirksam zu begegnen — und an einer entsprechenden Alternative.

Und heute? — Ist es nicht wieder ähnlich? — Nur mit verändertem Vorzeichen? —

Eine Jugend im Aufbruch — im Protest gegen die Mängel der Zeit. Auf der Suche nach der Wahrheit mit der Bibel Maos in der drohend erhobenen Hand. Dort allein — im fernen Osten glaubt man sie finden zu können! Aber, oh Jammer! Das erste Flugblatt der DL — der Demokratischen Linken, die einen netten Theologiestudenten als Kandidaten präsentiert, beginnt mit den Worten: „Wir wollen die Kaufkraft heben.“ Die Harmlosen ahnen nicht, daß sie mit dieser Deflationsparole sich und ihre Sache dem Untergang weihen.

Die Ara Hitler hat deutlich gemacht, wo der eigentliche Krankheitsherd der Demokratie zu suchen ist. Sie braucht, wie keine andere Regierungsform, um am Leben zu bleiben, den klaren Willen einer auf die Erhaltung ihrer freiheitlichen Ordnung gerichteten Stütze durch genügend viele Einsichtige. Eine solche Gruppe aber kann sich nur entwickeln bei ausreichender Orientierung der Bürgerschaft. Eine derartige Informations-

quelle gibt es zwar, wird jedoch weder vom Gros der Politiker, noch des Volkes beachtet. Sie kann durch keine Partei ersetzt werden. Dazu fehlt einer solchen der unbefangene Wille zu einer auf das Ganze gerichteten Erkenntnisweise. Ohne Behebung dieses entscheidenden Mangels gibt es auf die Dauer keine Demokratie. Das aber könnte geschehen durch ein Zentralinstitut von umfassender Wirksamkeit und unbestechlichem Willen zur Klarheit, mit dem ausschließlichen Ziel der Erhaltung und Festigung des freiheitlich-demokratischen Gedankengutes im Bewußtsein der Allgemeinheit.

Erste und vordringlichste Aufgabe dieses Instituts wäre die Klärung der Prinzipien und der strukturellen Voraussetzungen einer demokratischen Ordnung, die bis jetzt noch keineswegs in einem allseits befriedigenden Maße vollzogen worden ist. Des weiteren die laufende Beobachtung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung im Hinblick auf diese Zielsetzung. Dies setzt wiederum voraus die Einrichtung eines umfassenden Informationsapparates, ausgestattet mit modernen Hilfsmitteln. Die Tätigkeit des Institutes wäre in ständiger Verbindung mit der Bürgerschaft zu vollziehen. Alle Informationen werden an diese weitergegeben, aber unter gleichzeitiger kritischer Würdigung alles Für und Wider, so daß dem Bürger eine freie selbständige Urteilsbildung möglich wird. Es wäre dabei wichtig, dort wo es nötig scheint, komplizierte Sachverhalte durch eine schlichtere sprachliche Fassung dem einfachen Manne zugänglich zu machen. Selbst das Banken-Chinesisch ließe sich in eine, auch dem Nichtfachmann verständliche Sprache übersetzen — sobald nur der Wille dazu vorhanden wäre.

Entscheidend aber wäre bei alledem, daß diesem Institut keinerlei autoritäre Befugnisse zustehen. Seine Autorität beruht ausschließlich auf seiner Kraft der Überzeugung.

Da die zur Zeit bestehenden Verhältnisse nicht von heute auf morgen entstanden, vielmehr in langer Entwicklung gewachsen und damit in die Denkgewohnheiten der Allgemeinheit übergegangen sind, können sie auch nicht von einem Tag auf den anderen wieder beseitigt werden. Ohne Störung des Ganzen ist nur der *evolutionäre* Weg gangbar. Darum gilt es zunächst die Ansatzpunkte zu finden, von denen aus ein allmählicher Abbau unzuträglicher Verhältnisse möglich wird und der Allgemeinheit von Fall zu Fall die entsprechenden Notwendigkeiten einsichtig werden zu lassen. Das Bonner Grundgesetz liefert alle Maximen für diese Arbeit.

Entscheidend ist weiter, daß die Führung des Institutes in den Händen unabhängiger und vorurteilsfreier Persönlichkeiten liegt. Ihre Verlautbarungen dürfen keiner Zensur von irgendwelcher Seite unterliegen, dage-

gen jeder Kritik durch die Öffentlichkeit. Beim Vorwalten einer bedingungslosen Sachlichkeit und Offenheit der Kritik und einer Freimütigkeit, die dem Bürger jede Möglichkeit der Nachprüfung bieten würde, würde das Vertrauen in diese Institution bald in dem Maße wachsen, daß es wohl kein Publikationsorgan im ureigensten Interesse wagen würde, die von dort kommenden Informationen und Stellungnahmen seinen Lesern vorzuenthalten.

Das letzte soziale Ziel dieser Institution ist die Freiheit, der die Gerechtigkeit immanent ist. Deshalb muß es sich an die zentrale Rechtsinstitution wenden, nämlich an das *Verfassungsgericht*. Das Parlament wäre die falsche Instanz, weil der Mehrheit der Urteils-Maßstab fehlt, und weil deshalb seine Entscheide *mit Sicherheit immer falsch* sind.

Die Keimzellen für ein derartiges Institut wären bereits vorhanden. Ich habe in einer kürzlich erschienen Flugschrift*) die bereits bestehenden Organisationen im einzelnen aufgeführt. In ihnen wirken Persönlichkeiten, die sich, zum Teil schon seit Jahrzehnten, unter großen persönlichen Opfern für die hier genannten Ziele eingesetzt haben, darunter bekannteste Namen unserer wissenschaftlichen Elite. Es bedarf nur des Hinhörens auf sie, um die schon reichlich vorhandenen Einsichten sozial nutzbar zu machen.

Die eigentliche Schwierigkeit liegt nur in der Frage, ob es gelingt, für dieses Vorhaben ausreichend Viele zu interessieren. Nach menschlichem Ermessen müßte das aber zu erreichen sein, weil ja im Grunde jeder unvoreingenommen denkende Mensch jene einleuchtenden Erkenntnisse nur bejahen kann.

Diese kurze Skizze ließ natürlich noch viele Fragen offen, weil sie nur eine ganz allgemeine Vorstellung von einer solchen Einrichtung vermitteln konnte. Das Erlebnis Hitler hat aber wohl, mehr als viele Worte, jedem Wohlmeinenden Sinn und Zweck und damit die Notwendigkeit derselben deutlich gemacht.

Dieses Institut kann und darf kein Mittel der Staatsmacht werden, sondern soll vom Willen der Einsichtigen getragen werden. Durch dieses Institut wäre für den Weltfrieden mehr getan, als durch alle „Verteidigungswaffen“. Denn es ist unwahrscheinlich, daß ein Staat es unternehmen würde, uns anzugreifen, wenn wir mit dieser einmaligen Dokumentation vor der gesamten Weltöffentlichkeit unseren ernstesten, unbezweifelbaren Friedenswillen bekundet hätten. Es stünde im Gegenteil zu erwarten, daß

*) **Machtpolitik oder Strukturpolitik.** Die Frage unserer Zeit. „Fragen der Freiheit“ Folge 64/65, Weihnachten 1967, Seite 22.

Als Sonderdruck zu beziehen durch Seminar für freiheitliche Ordnung e. V., 6554 Meisenheim, Herzog-Wolfgang-Straße 13b, Telefon (0 67 53) 6 69.

das Beispiel Nachahmer finden dürfte, sobald die Gediegenheit und Vertrauenswürdigkeit dieser freiheitlichen Ordnung offenkundig geworden wäre.

Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl

Eine Schule der Freiheit

Schlußansprache auf der 21. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung
im August 1967 in Herrsching/Ammersee

Verehrte liebe Seminarteilnehmer! Gestatten Sie mir zum Abschluß einige wenige Sätze, die auf den Geist des Seminars hinweisen sollen. Die 21. Tagung mit allen vorausgegangenen Tagungen im Zusammenhang gesehen stellt gewissermaßen eine *Schule der Freiheit* dar, in welcher *Fragen der Freiheit* gestellt werden. Dies bedeutet nicht, daß absolute Antworten gegeben werden sollen, sondern die ewige Fruchtbarkeit des Fragens und Forschens überhaupt. Sie bedeuten auch nicht, daß pluralistische Antworten gegeben werden. Sie bewirken vielmehr einen Wahrheitsprozeß, der sich auch durch diese Tagung hindurchgezogen hat. Nicht nur, daß von Wahrheit gesprochen wurde auf den verschiedenen Gebieten, sondern daß versucht wurde, die Wahrheit im Bereich der Kultur, des Rechtes und der Wirtschaft zu ihrer Gesamtverbindlichkeit der Menschen untereinander darzustellen. Und wenn wir so die Frage, das Frage-Element einer gemeinsamen Schule auffassen, da dürfen wir unmittelbar sagen, daß irgendwo in der *Fragefunktion* eine geistige *Antwortfunktion* schlummert und langsam aufgeweckt wird. Wir sehen die Bedeutung der verschiedenen Aufgabenbereiche, die wir uns als Seminar gestellt haben, und da fällt es uns auf, daß die drei Bereiche des sozialen Lebens, Kultur, Staat und Wirtschaft, in ihrer inneren Interdependenz gewissermaßen schon eine Antwort enthalten. Nämlich die Antwort: Organismus. Denn wer das Kulturleben nicht versteht, versteht die Wirtschaft nicht, wer die Wirtschaft nicht versteht, versteht das Kulturleben nicht, und das Recht muß in sich selber zusammensinken. Und von diesem Leitbilde aus sehen wir die Sozietät unseres Seminars an. Die Sozietät dieses Seminars kennt keine Lebensalter, kennt nicht den Unterschied von Jung und Alt, obwohl sie natürlich da sind. Grundsätzlich geht diese Unterscheidung der Generationen auf in der Wahrheitsfindung. Dieses Seminar kennt keine vorgegebenen Weltanschauungen. Das Seminar ist vielleicht heute — das möchte ich ganz ohne Anmaßung einmal hier aussprechen — die offenste Gemeinschaft. Jedenfalls möchten wir das alle anstreben.

Es gibt ein Bild aus unserer Sozialvergangenheit, fast im Mythischen, das ist das Bild der Tafelrunde, der vollkommenen, unmittelbaren geistigen Ver-

brüderung. Und jene Artus'sche Tafelrunde, die ich hier meine, eine große vorbildliche Rechtsgemeinschaft der keltogermanischen Frühzeit, zeichnet sich ja dadurch aus, daß alle Beteiligten unbedingte Gemeinschaft miteinander hatten, woher sie auch kamen. Es wurde nicht gefragt nach Unterschieden, es war lediglich die Voraussetzung, daß jeder Einzelne bereit war, das Abenteuer des Menschlichen, das Abenteuer des Rechtlichen, das Abenteuer des Geistigen zu bestehen. Es ist sehr interessant, daß geschildert wird bei den alten Überlieferungen, daß diejenigen, die zur Tafelrunde zusammenkamen, eine Entdeckung machten, daß sie in den spontanen Ruf ausbrachen: „So gut haben wir noch nie gespeist, so schön waren wir noch nie zusammen, wir wollen ewig beieinanderbleiben.“ Aber dieses Zusammensein hatte auch eine Gefahr. Es gab bei der Tafelrunde den gefährlichen Stuhl — und diesen gefährlichen Stuhl gibt es bei uns auch. Sie können die Frage stellen: *Wer* in einer Tafelrunde darf den gefährlichen Stuhl einnehmen? — Ein dreister Ritter unternahm es, und vor den erstaunten Augen aller Übrigen versank er dreitausend Klafter unter den Erdboden, und die Stelle, wo er verschwand, schloß sich wieder. Der Stuhl aber stand unberührt an seiner Stelle. Dieses Bild hat den Inhalt der Geistesverbindlichkeit, der Wahrheit nach Oben. Man versinkt zwar nach unten, aber die Geistverbindlichkeit der Würde des Menschen, die man vielleicht einmal gewinnt, daß man dereinst berechtigt wird, den gefährlichen Stuhl einzunehmen, das ist eine Geistverbindlichkeit nach oben, eine Geistverbindlichkeit einer zukünftigen Wahrheitsfindung. Und so betrachten wir dieses Seminar, so sehr wir in die Diktion des Begrifflichen hineingehen, doch als ein großes Bild der Interdependenz der Ordnungsbereiche, der Würde, der Verbindlichkeit für die Gegenwart in ihrer Verwirklichung. Und darin entsteht, verzeihen Sie den Ausdruck, eine Art Bruderschaftlichkeit ohne Zwang, ohne äußerliche Verkettung, ohne eine Nötigung und ohne eine moralische Rechtfertigung. Aus dieser Verbindlichkeit bilden wir also die *Schule der Freiheit* als ein evolutionäres Prinzip.

Goethe hat einmal in einem allerletzten Brief, drei Tage vor seinem Tode, an seinen Freund Wilhelm v. Humboldt die Worte geschrieben: „Die Tiere werden von ihren Organen belehrt. Der Mensch ebenfalls, nur mit dem Unterschied, daß der Mensch seine Organe wieder belehrt.“ Fassen wir die soziale Wirklichkeit als die Organe des Menschen auf, welche wir in der Schule der Freiheit wiederbelehren. Wir haben diese Organe, und wir wollen sie nicht als tierische Spezialitäten ansehen, als tierische Überformungen, als gewordene Natur, als fixierte Form, die uns dann wie ein Krebspanzer zu enge werden könnte, sondern belehren wir fleißig unsere Organe! Und wir suchen nach dem Bild, nach dem Lehrbild. Das kann uns die äußere Wirklichkeit nicht bieten. Das Lehrbild, das kann nur eine ideelle Wirklichkeit sein. Und ich möchte dieses ideelle Wirkliche als *Naturrechts-*

prinzip deklarieren. Das naturrechtliche Verfahren, das aus der Instinktwirklichkeit genommen wurde, ist in Zerfall begriffen. Denken Sie die grandiose naturrechtliche Demokratie der Schweiz, in der noch Wirklichkeit des Volkstums lebt. Und trotzdem erleben wir gerade das Auseinanderbrechen dieser naturgegebenen, vererbten Eidgenossenschaft. Hinter ihr stehen ja die Kulturimpulse unserer ganzen Kulturepoche. Aber das braucht uns jetzt nicht zu bekümmern und traurig zu stimmen, daß einmal naturrechtlich Durchlebtes in Zerfall gerät, denn wir haben ein neues Naturrecht. Siehe, es ist alles neu geworden für denjenigen, der erfaßt, daß wir das Naturrecht hereinholen als ein neues Geistrecht, als ein neues Menschenbildrecht, das die Instinktwirklichkeit durch ein Selbstverständnis des Menschen ergänzt und ersetzt.

Und wir erinnern uns zum Abschluß an diese Rätselworte Goethes in seinem „Märchen“, welches nichts anderes darstellt, als eine Art in der Stimmung der Apokalypse gehaltene Exposition des Menschseins. Wir sehen in dem unterirdischen Tempel die drei Könige, und diese drei Könige erscheinen uns in dem, was sie sind durch das, was sie aussprechen. Da sagt in der ersten Tempelszene (und achten Sie auf die Reihenfolge) der *goldene* König: „Warum kommst Du, da wir Licht haben?“ zu dem Alten mit der Lampe. Und das führt zu der Antwort des Alten mit der Lampe: „Ihr wißt, daß ich das Dunkle nicht erleuchten darf.“ Und nun fragt der *silberne* König: „Endigt sich mein Reich?“ — „Spät oder nie.“ (Wir sehen auf eine zweite Sphäre des Menschseins.) Mit starker Stimme fängt der *eberne* König an zu fragen: „Wann werde ich aufstehen?“ — „Bald“ versetzte der Alte. „Mit wem soll ich mich verbinden?“ — „Mit deinen älteren Brüdern“ — sagt der Alte. „Was wird aus dem Jüngsten werden?“ fragt der *eberne* König. „Er wird sich setzen“ sagt der Alte. „Ich bin nicht müde!“ ruft der *vierte* König mit einer rauhen, stotternden Stimme. Und wir erfahren also, daß es einen vierten König gibt, der die klare Ordnung der Kräfte *in sich vermischt*, — disharmonisch, man könnte sagen, disorganisch behauptet. Und ich brauche nicht zu deuten, welche Kräfte des Seins es sind, die hier angesprochen werden. Und nun beobachten wir in der letzten Tempelszene, wie der Jüngling, welcher nach der schönen Lilie gesucht hat, aus einem Schlaf- und Traumzustand erst erwacht in dem Augenblick, wo er an den drei Königen vorbeigeführt wird. Nun erscheint die umgekehrte Reihenfolge der Fragen (bei denen es erst der goldene König war, dann der silberne, zuletzt der eberne) — nun geht der Weg, den der Jüngling an den Königen vorbei zu seiner neuen, erweckenden Inthronisation geführt wird, *zuerst* zum *ebernen* König. Und dieser spricht zu ihm: „Das Schwert an der Linken, die Rechte frei!“ Er gelangt nun zu dem *silbernen*, der sein Zepter gegen den Jüngling neigt. Dieser ergreift es mit der linken Hand, und der König sagt: „Weide die Schafe.“ Der *goldene* König drückt

darauf mit väterlich segnender Gebärde dem Jüngling den Eichenkranz aufs Haupt und spricht: „Erkenne das Höchste“. Und jetzt erst, wo der Mensch inthronisiert ist in seine eigenen Wesenskräfte, kann er sich mit seiner inneren menschlichen Idealität verbinden und Lilie begegnen, jener Geisteswesenheit der menschlichen Natur. Und der Jüngling tut das mit den Worten: „Liebe Lilie! Was kann der Mensch, ausgestattet mit allem, sich Köstlicheres wünschen, als die Unschuld und die stille Neigung, die mir Dein Busen entgegenbringt?“ Und er sagt zu dem Alten, indem er die drei heiligen Bildsäulen ansieht: „Herrlich und sicher ist das Reich unserer Väter. Aber du hast die vierte Kraft vergessen, die noch früher, allgemeiner, gewisser die Welt beherrscht, die Kraft der Liebe!“ — Wenn ein solches Wort ertönt, empfinden wir, daß unsere moderne Menschheit in einer furchtbaren Kulturkrise lebt, denn wir dürfen vom wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht mehr von Liebe sprechen. Ob wir es dereinst vom soziologischen Standpunkt aus durch die Verwirklichung einer organischen Sozialordnung wieder können, das ist die Frage der Fragen unserer Freiheitsschule, die Frage der Freiheit. Und ich möchte zum Abschluß ein zweites Geheimnis, das Goethe ausgesprochen hat, vor Sie hinstellen, ein Geheimnis, das uns an die großen Probleme heranzuführt. Zuvor aber noch einen einzigen Hinweis auf die Wirklichkeit. Ferdinand Lasalle hat in seiner Einleitung zur Darstellung über Franz von Sickingen gesagt: „In der Zeit um 1517 — 1530 entstand aus unserem Volkstum die Dreiheit der Sozialproblematik. Die Ritterschaft suchte nach dem Recht im Reiche. Die Bauernschaft suchte, im Verein mit den freien Reichsstädten, nach einer Wirtschaftsordnung. (Denken Sie, daß das Bauernparlament in Heilbronn bereits damals die Zollfreiheit über ganz Mitteleuropa forderte.) Und Martin Luther suchte nach der Gewissensfreiheit.“ Und Lasalle fährt weiter fort: „Unser Volkstum war nicht in der Lage, zu verstehen daß diese drei Forderungen eine Einheit sind.“

Wir treten zurück von aller Problematik, indem wir uns verabschieden unter dem Zeichen einer großen Weltgesetzlichkeit, die Goethe mit diesen Worten ausspricht:

Der Vater ewig in Ruhe verbleibt,
Er hat der Welt sich einverleibt.

Der Sohn hat Großes unternommen,
Die Welt zu erlösen ist er gekommen;

Hat gut gelehrt und viel ertragen,
Wunder noch heut in unsern Tagen.

Nun aber kommt der Heilige Geist,
Er wirkt am Pfingsten allermeist.

Woher er kommt, wohin er weht,
Das hat noch niemand ausgespäht.
Sie geben ihm nur eine kurze Frist,
Da er doch Erst- und Letzter ist.

Deswegen wir treulich, unverstohlen
Das alte Credo wiederholen:
Anbetend sind wir alle bereit
Die ewige Dreifaltigkeit.

Dr. Lothar Vogel

Seitherige Tagungen und Kolloquien des Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V., Bad Kreuznach - Sobernheim - Meisenheim

TAGUNGEN

31. 7.— 3. 8. 1958 Stuttgart: „Die funktionsfähige Gesamtordnung der menschlichen Gesellschaft“
3. 1.— 6. 1. 1959 Stuttgart: „Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit“
1. 8.— 9. 8. 1959 Heidenheim/Brenz: „Der einzelne Mensch in Kultur, Staat und Wirtschaft“
4. 6.— 6. 6. 1960 Stuttgart: „Wirtschaftsordnung und Menschenrechte“
16. 6.—19. 6. 1960 Jugendburg Waldeck im Hunsrück: „Unenteilbare Freiheit“
2. 7.— 3. 7. 1960 München: „Geld- und Bodenrecht“
28. 10.— 1. 11. 1960 Wuppertal-Barmen: „Welche Erkenntnisse fordern die sozialen Probleme der Gegenwart“
6. 1.— 8. 1. 1961 Heidenheim/Brenz: „Goetheanismus als Schlüssel zum Verständnis der sozialen Frage“
1. 8.— 9. 8. 1961 Hard b. Bregenz (Bodensee): „Die Sozialordnung als Organ der Freiheit“
30. 12.— 1. 1. 1962 Heidenheim/Brenz: „Staatsverfassung, Rechtsordnung, ‚Totale‘ Demokratie unter dem Gesichtspunkt des Bildungswesens“
2. 8.—10. 8. 1962 Herrsching am Ammersee: „Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem“
3. 1.— 6. 1. 1963 Bad Boll: „Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft“
2. 8.—11. 8. 1963 Herrsching am Ammersee: „Die Erhaltung der Freiheit — Europas philosophische und ordnungspolitische Aufgabe“

4. 7.— 5. 1. 1964 Heidenheim/Brenz: „Aufgaben und Grenzen der Gesetzgebung zum Arzneimittelgesetz, dem Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz und dem Baden-Württembergischen Schulverwaltungsgesetz“
29. 7.— 7. 8. 1964 Herrsching am Ammersee: „Kollektivismus, Individualismus und freie Gemeinschaftsbildung“
27. 12.—30. 12. 1964 Linz/Donau: „Die ordnungspolitischen Aufgaben des Staates im sozialen Ganzen als Voraussetzung für die Erhaltung der Freiheit“
31. 7.— 9. 8. 1965 Herrsching am Ammersee: „Die Unteilbarkeit der Freiheit“
27. 12.—30. 12. 1965 Heidenheim/Brenz: „Noch ungelöste Probleme der freiheitlichen Ordnung“
30. 7.— 9. 8. 1966 Herrsching am Ammersee: „Verfassung und Verfassungswirklichkeit“
27. 12.—30. 12. 1966 Heidenheim/Brenz: „Staatsordnung und Freiheit“
29. 7.— 7. 8. 1967 Herrsching am Ammersee: „Krisis der Demokratie?“
2. 8.—12. 8. 1968 Herrsching am Ammersee: „Kulturordnung — Ursprung und Ziel der Sozialordnung“.

Zahlen aus der Volkswirtschaft¹⁾

zusammengestellt von Diederich Röhheld

Zeitpunkt oder Zeitraum	Bargeld- umlauf 2)	Preisindices 3)			Handels- bilanz (+ Export- überschuß)	Arbeitsmarkt	
		Grund- stoffe	Einzelhan- delspreise	Lebens- haltung 4)		offene Stellen	Arbeits- lose
	ME/JE Mio. DM	MD/JD 1958-100	MM/JD 1958-100	MM/JD 1962-100	MS/JS Mio. DM	ME/JD Tsd.	ME/JD Tsd.
1963	27.152	101,1	109	103,0	+6032	554,8	185,6
1964	29.545	103,4	112	105,4	+6081	609,2	169,1
1965	31.453	106,2	115	109,0	+1203	649,0	147,4
1966	32.906	107,7	119	112,8	+7952	528,5	169,1
1967	32.829	104,0	120	114,4	+16860	301,9 _v	465,9 _v
6/67	33.349	103,3	120	115,0	+1306	325,7	400,8
7/67	33.768	102,6	120	115,1	+1300	337,1	377,2
8/67	33.234	103,1	120	114,4	+ 984	347,0	359,5
9/67	33.375	103,2	119	114,1	+1509	335,7	341,1
10/67	32.695	103,1	119	114,0	+1637	310,0	360,8
11/67	34.228	103,8	120	114,2	+1172	280,4	395,0
12/67	32.829	103,9	120	114,2	+1488	249,6 _v	526,2 _v
1/68	32.301	101,0	120	115,7	+1264	303,2	672,6
2/68	33.150	101,6 _v	120	115,6	+1298	364,8	589,7
3/68	33.590	101,7 _v	120	115,7	+1775	411,5	459,9
4/68	33.279	99,5 _v	120	115,7	+1099	443,3	330,9
5/68	34.266	99,3 _v	120	115,8	+1301	499,4 _v	264,7
6/68	34.725	99,1 _v	120	116,3	+1018 _v	548,2 _v	226,6 _v

Diskontsatz ab 17. 2. 1967 4% ab 14. 4. 1967 3,5% ab 12. 5. 1967 3%

MA, MM, ME, MS, MD Monats- }
 JA, JM, JE, JS, JD Jahres- } -anfang, -mitte, -ende, -summe, -durchschnitt

f) Zahlen liegen noch nicht vor v) vorläufige Zahlen

Anmerkungen:

- 1) Die hier wiedergegebenen Zahlenfolgen sind noch nicht saisonbereinigt.
- 2) Bilanzzahlen der Deutschen Bundesbank, also ohne vom Bund aus ausgegebene Scheidemünzen und mit Kassenbeständen der Kreditinstitute sowie mit den im Ausland befindlichen deutschen Noten.
 Der Bargeldumlauf M ist neben seiner Umschlaghäufigkeit U und dem Warenangebot Q ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Preisniveau P: $M \times U = Q \times P$ (FISHER'sche Tauschgleichung).
- 3) Diese Indexzahlen geben nicht notwendig die Entwicklung des Preisniveaus P wieder, da sie jeweils nur einen kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Warenangebot berücksichtigen.
- 4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des allein verdienenden Haushaltsvorstandes.

Quellen:

Ausweise, Monatsberichte und Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main; „Statistischer Wochendienst“ des Statist. Bundesamtes, Wiesbaden.

Zahlen zum Nachdenken

Der Geldumlauf in Deutschland *Politische Ereignisse*
in Milliarden Mark:

1.) *Der Weg vom II. Reich nach Weimar*

Markwahrung des ehemaligen Deutschen Reiches:		„Herrlichen Zeiten führe ich Euch entgegen.“ Wilhelm II.
1913	5,80	Ausbruch des I. Weltkrieges
1914	6,—	Beginn der <i>Inflation</i> : „Das Gold gehört in die
1915	10,50	Reichsbank!“ Dafür erscheinen Darlehnskassen-
1916	11,30	scheine und „Notgeld“ von Gemeinden.
1917	18,90	
1918	22,19	Kriegsende und das Ende des Kaiserreiches.

2.) *Der Weg von Weimar ins „III. Reich“:*

1919	35,70	Die Inflation verlast ihr schleichendes Stadium
1920	68,80	und wird zur
1921	102,79	galloppierenden Inflation.
1922	1 284,09	<i>Wahrungszerruttung</i> . Wir waren vielfache <i>Bil-</i>
1923	496 507 424 771,97	<i>lionare !!!</i>
Nov. 1923		Putschversuch Hitlers in München am 9. 11.
1 000 000 000 000,00 =		1923.
1 Rentenmark		
1924 Reichsmark	2,90	
1925	4,47	Neugründung der NSDAP 1925.
1926	4,91	
1927	5,45	
1928	6,65	Beginn der <i>Deflation</i> . (Geldwertsteigerung)
1929	6,61	Zunehmende Erwerbslosigkeit
1930	6,38	<i>Bankenkrach</i> (Danatbank)
1931*)	6,63	<i>Höhepunkt der Deflation</i> . 7 Millionen Arbeits-
1932	5,64	lose. <i>Untergang der Weimarer Republik</i> .

3.) *Es beginnt das „III. Reich“:*

1933	5,71	30. 1. Hitler Reichskanzler
1934	5,97	normaler Geldumlauf
1935	6,37	normaler Geldumlauf
1936	6,96	normaler Geldumlauf
1937	7,49	normaler Geldumlauf
1938	10,43	„schleichende“ Inflation.

1939	14,51	Kriegsbeginn
1940	17,77	weiter „schleichende“ Inflation.
1941	22,31	weiter „schleichende“ Inflation.
1942	27,34	weiter „schleichende“ Inflation.
1943	36,55	weiter „schleichende“ Inflation.
1944	53,11	weiter „schleichende“ Inflation.
1945	70,—	Untergang des „III. Reiches“.
1946	70,—	
1947	70,—	
1948	70,—	

4.) *Nun beginnt ein neuer Weg in „Das Wirtschaftswunder“:*

Datum des Notenbank-
Ausweises

	Mrd. D-Mark	Bundeswirtschaftsminister <i>Erhard</i> , damals noch Direktor des Zweizonenwirtschaftsrates, hebt die Zwangsbewirtschaftung der Güter und Waren auf.
7. 7. 48	2,689	
30. 7. 48	3,831	
30. 8. 48	4,178	
30. 9. 48	5,358 108	
30. 10. 48	5,885 259	Die Konjunktur bewegt sich zunächst
30. 11. 48	6,017 461	normal
31. 12. 48	6,319 448	normal
31. 12. 49	7,737 60	normal
31. 12. 50	8,414 261	normal
31. 12. 51	9,713 109	Nun beginnt langsam wieder die <i>schleichende</i>
31. 12. 52	11,270 702	<i>Inflation = Geldwertminderung! Die Waren-</i>
31. 12. 53	12,435 039	<i>preise beginnen zu steigen; die Produktion ist</i>
31. 12. 54	13,295 813	<i>der Nachfrage, bedingt durch ständige Geldver-</i>
31. 12. 55	14,642 006	<i>mehrung, nicht gewachsen. Im weiteren Verlauf</i>
31. 12. 56	15,590 816	<i>der Dinge Lohnforderungen, Streikdrohungen.</i>
31. 12. 57	17,272 919	
31. 12. 58	18,858 475	
31. 12. 59	20,324 691	
31. 12. 60	21,839 266	
31. 12. 61**)	24,487 691	
31. 12. 62	25,759 592	
31. 12. 63***)	27,151 594	
31. 12. 64	29,544 750	
31. 12. 65****)	31,452 584	Die „überhitzte Konjunktur“ tritt in
31. 12. 66	32,906 146	Erscheinung.

Die Überhitzung macht weitere Fortschritte!

Die Freie Kunst-Studienstätte

2133 OTTERSBERG (Bez. Bremen)

Am Wiestebruch 66 — Telefon (04205) 596

Vollstudium für Plastiker, Grafiker, Maler, für das soziale Wirken der Kunst

(Neuaufnahmen: 30, September 1968)

*Kunst-Studiengänge für jedermann, im-ganzen Jahr und von
beliebiger Dauer*

Vermittlung von Entwürfen und Gestaltungsaufträgen jeder Art

Prospekte usw. auf Anfrage

Der Bericht über die diesjährige, 22. Tagung des Seminars für freiheitliche
Ordnung, folgt im nächsten Heft 71. Red.

Der für diese Folge 70 vorgesehene Aufsatz von Franz Becher: „Das Zins-
problem“ muß wegen Raummangel für die nächste Folge 71 zurückgestellt
werden. Red.

Druckkostenbeitrag: Zwecks Vereinfachung der Buchhaltungsarbeit werden die Leser von „Fragen
der Freiheit“ gebeten, wenn möglich, den Druckkostenbeitrag jeweils für mehrere Folgen
zu übersenden. Besten Dank!

Die Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ erscheint als privater Manuskriptdruck sechsmal im
Jahr, und zwar alle zwei Monate. Sie verbindet die Freunde des „Seminars für freiheitliche
Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur“ (Sitz: 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-
Wolfgang-Straße 13b) miteinander. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht ver-
bunden. Der Druckkostenbeitrag ist so bemessen, daß sich die Schriftenreihe gerade selbst trägt.

Herausgeber: Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm/Danau, Römerstraße 97

Bezugspreis: für das Einzelheft Richtsatz DM 2,50, für das Doppelheft DM 5,—

Bezug: „Fragen der Freiheit“, 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfg.-Str. 13b, Tel. (0 67 53) 6 69

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur,
Bad Kreuznach, 6554 Meisenheim, Konto-Nr. 261 404 Postscheckkonto Frankfurt a. Main.

Banken: Volksbank Meisenheim Konto „Fragen der Freiheit“ Nr. 5611 — SAG-Konto 7474 bei
SAG-Verein (Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit), 8228 Freilassing, Vredestraße 7

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers

Druck: Jung & Co., Bad Kreuznach, Am Kornmarkt

Druckfehlerberichtigung
zu Heft 68

Zu dem Aufsatz über „Das Zinsproblem“ von Diederich Römheld in „Fragen der Freiheit“, Folge 68 (Ostern 1968):

Die Grenzwertgleichung auf Seite 33 muß richtig heißen:

$$\lim_{A \rightarrow \infty} R = \lim_{A \rightarrow \infty} \frac{N}{A} = 0$$

Druckfehlerberichtigung
zu Heft 69

Auf Seite 30, 15. Zeile von oben, muß es heißen: *Zenon*.

Auf Seite 38, 19. Zeile von oben, muß es heißen: anstatt von dem, *den*.

Auf Seite 40, 6. Zeile von oben, muß es heißen: *Häretiker*.

Auf Seite 47, 15. Zeile von unten, muß nach *leidet*, eingefügt werden: *vorerst enttäuscht werden*.

Auf Seite 47, 8. Zeile von unten, muß nach *Ordnung*, eingefügt werden: *sich*.

Auf Seite 47, 5. Zeile von unten, muß nach *hindurch*, eingefügt werden: *Was von ihnen erhofft werden darf . . .*

Auf Seite 50, 14. Zeile von oben, muß es anstatt *verfassungsmäßig* heißen: *vorverfassungsmäßig*.

Auf Seite 50, 14. Zeile von unten, muß es anstatt *es* heißen: *und . . .*





